

47

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

2.19

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com

In diesem Jahr gab es 70 Jahre Grundgesetz zu feiern. Art. 1 lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Die Vorschrift ist im Zeitalter des Internets sowohl in Italien wie auch in Deutschland sehr aktuell. Ein Landgericht in Berlin hat es als Zeichen freier Meinungsäußerung gewertet, wenn eine verdiente Politikerin mit den allerübelsten Beschimpfungen überzogen wird, die man sich für eine Frau nur vorstellen kann. Gleichzeitig ist der frühere italienische Innenminister mit seiner Wortwahl alles andere als zurückhaltend, wenn er Adjektive für die derzeitigen Regierungsmitglieder sucht. In den Filmen der Fünfzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts wurden bei solchen Kanonaden Kindern die Ohren zugehalten. Bei den Redaktionsmitgliedern des Mandantenbriefes, die nicht mehr taufrisch sind, macht sich eine bestimmte Nostalgie breit.

Quest'anno si festeggiano i settant'anni della Costituzione tedesca. Art 1: „La dignità dell'uomo è intangibile.“ Nell'era di internet tale disposizione è più attuale che mai, sia in Italia che in Germania. Il Tribunale di Berlino ha ritenuto giustificato in base alla libertà di pensiero e espressione il fatto che una benemerita rappresentante del mondo politico tedesco sia stata ricoperta dagli insulti più perfidi che si possano immaginare per una donna. Contemporaneamente, l'ex ministro degli interni italiano è tutt'altro che sobrio nella scelta degli aggettivi attribuiti ai membri del nuovo governo. Nei film degli anni 50 si tappavano le orecchie ai bambini durante le raffiche di bestemmie. I membri della redazione della lettera ai clienti, non più giovanissimi, iniziano a soffrire di nostalgia.

Aus dem Inhalt - All'interno

Interkulturelles/interculturale

Unglaublich: Italiener sprechen schneller als Deutsche 2

Incredibile: Italiani parlano più velocemente dei tedeschi 3

Neues aus Europa/Ultime dall'Europa

Europol: Die meistgesuchten Kriminelle sind weiblich 4

Europol: I latitanti più ricercati sono donne 5

Informationen für Mandanten/Informazioni per clienti

Was kostet der Rechtsanwalt 6

Quanto costa l'avvocato 7

Arbeitsrecht/Diritto del lavoro

Sex sells! Lesen Sie den Sugardaddyartikel 8

Idem! Leggete l'articolo sul sugardaddy 9

Immobilienseite/Pagina immobiliare

Verkaufsfähigkeit der Immobilie ohne Baugenehmigung 10

Commerciabilità dell'immobile abusivo 11

Wettbewerbsrecht und Geistiges Eigentum/

Concorrenza sleale e proprietà intellettuale

Italian sounding: Erfolge auf der Anuga 12

Italian Sounding: Successi all'Anuga 13

Class action

Kein Schmerzensgeld bei Busverspätungen 14

Il ritardo del Bus non causa un danno immateriale 15

Vertriebsrecht/distribuzione 16



INTERKULTURELLES

Informationsgehalt unabhängig von der Sprachgeschwindigkeit

Italiener sprechen schneller als Deutsche. Aber übertragen sie damit mehr Informationen?

Der rumänische Forscher Dan Dediu hat gemeinsam mit seinem französischen Kollegen Christophe Coupè anhand der Silbenfolgen von 17 europäischen und asiatischen Sprachen deren Informationsgehalt bestimmt und ist zum Schluss gekommen, dass langsame Sprachen – wie beispielsweise das thailändische – einen höheren Informationsgehalt aufweisen (8 Bit pro Silbe) als schnellere Sprachen wie das baskische, japanische und italienische (5 Bits pro Silbe). Der Informationsgehalt würde sich mit der Sprachgeschwindigkeit wieder ausgleichen und so bei allen Sprachen ca. 39 Bits/s betragen. Während das italienische bei der Sprachgeschwindigkeit oben dabei sei, nehme das deutsche eine Mittelstellung ein (<https://science.orf.at/stories/2990926>).

NEUES AUS ITALIEN

Justizreform 2019

Die durch den Regierungswechsel unterbrochenen Arbeiten an der Reform des Zivilprozesses sollen noch vor Jahreswechsel 2019/2020 fortgeführt und umgesetzt werden. Es werden Verfahrenskalendarer mit gesetzlichen Fristen eingeführt, die zu einer erheblichen Beschleunigung des Verfahrens führen sollen. In bank- und versicherungsrechtlichen Angelegenheiten sowie in Arzthaftpflichtsachen wird der bislang vor Klageeinreichung vorgeschriebene Mediationsversuch wieder abgeschafft und dafür in Maklersachen eingeführt. Eine aus deutscher Sicht originelle Ergänzung ist die für Rechtsanwälte eingeführte Möglichkeit, eine Art vorgerichtliche Beweisaufnahme durchzuführen. Die jeweilige Gegenseite kann aufgefordert werden, sich zur Richtigkeit einer Tatsache erklären zu müssen. Werden falsche Erklärungen abgegeben, kann dies strafrechtlich verfolgt werden.

NEUES AUS DOLCE-LAUDA

Marilena Bacci in den Vorstand der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main gewählt

Stolz können wir verkünden, dass Frau Rechtsanwältin und Avvocato Dr. Marilena Bacci mit dem zweitbesten Ergebnis zum Vorstandsmitglied gewählt wurde. Auguri!

Eröffnung in Bari!

Die Eröffnung des neuen Büros mitten in der Stadt wurde mit einem Aperitif auf der Terrasse gebührend gefeiert; viele Kollegen aus Apulien sind der Einladung gefolgt, darunter auch Prof. Avv. Vincenzo Vito Chionna, Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland.

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Verrohung der Sitten im Netz

In Deutschland ist eine rege gesellschaftliche Diskussion über die Vielzahl von Beleidigungen und Verleumdungen entstanden, die offensichtlich unbestraft im Internet kursieren und ständig zunehmen. Ob das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das die Anbieter sozialer Dienste, also Facebook und Co., seit 2018 verpflichtet, strafbare Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen, das Niveau der Auseinandersetzungen heben wird, ist zurzeit noch nicht auszumachen. Ein interessanter neuer Vorschlag ist, § 13 VI TMG (Telemediengesetz) zu reformieren. Danach hat der Diensteanbieter die Nutzung von Telemedien und ihre Bezahlung anonym oder unter Pseudonym zu ermöglichen. Würde man diese Vorschrift „umdrehen“, könne beispielsweise jeder verpflichtet werden, unter seinem echten Namen aufzutreten (Klarnamenspflicht). Wie so oft stellt sich hier die Frage Big Data vs. Kriminalitätsbekämpfung, die wohl nur politisch entschieden werden kann.

Ende des Jahres wird zudem vom Justizministerium ein Gesetzentwurf gegen Hasskriminalität im Internet erwartet. Die Betreiber von Online-Plattformen sollen damit verpflichtet werden, bestimmte strafrechtlich relevante Inhalte und die dazugehörigen IP-Adressen einer neu zu errichtenden Zentralstelle im Bundeskriminalamt (BKA) zu melden.

Markus Söder doch nicht in Haft

Ein interessanter Fall zur praktischen Anwendung der Gewaltenteilung spielt sich zur Zeit in Bayern ab. Bayerische Gerichte haben den Freistaat Bayern verurteilt, den Grenzwert für Stickstoffdioxid für die Stadt München herabzusetzen. Dies würde unter anderem Fahrverbote für die bayerische Landeshauptstadt bedeuten. Die bayerische Landesregierung widersetzte sich offen der Gerichtsentscheidung. Ministerpräsident Söder hat unmissverständlich erklärt, keine Fahrverbote einzurichten. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof legte in einem Verfahren, das die deutsche Umwelthilfe führt, dem EuGH vor (Rechtssache C-752/18); kann der bayerische Ministerpräsident in Erzwingungshaft genommen werden? Der Generalstaatsanwalt hat sich jetzt zugunsten des bayerischen Ministerpräsidenten ausgesprochen. Gegen deutsche Amtsträger, die rechtskräftige Urteile nicht befolgen, könne in Deutschland keine Zwangshaft verhängt werden. Es fehle an einer eindeutigen gesetzlichen Grundlage für eine solche Haft. Einer solchen Grundlage bedürfe es aber, um das Grundrecht auf Freiheit einschränken zu können. Ob der Gerichtshof den Vorschlag des Generalstaatsanwaltes folgt, bleibt abzuwarten.



So sieht Bari aus! Questa è Bari

DATENSCHUTZ

NACH DEUTSCHER UND NACH ITALIENISCHER ART

Verletzungen der DSGVO in Italien und in Deutschland

Am 29. Mai 2018 trat europaweit die Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Wie der Mandantenbrief berichtete, genoss dieser Tag in Deutschland die ungeteilte Aufmerksamkeit aller Unternehmen und wurde zu einem lukrativen Geschäft für viele Rechtsanwälte, die sich auf Datenschutz spezialisiert haben und die Einrichtung der entsprechenden Voraussetzungen in den Unternehmen begleiten konnten. Die italienische Öffentlichkeit reagierte deutlich gelassener; aufgrund der Statistik der angezeigten Verletzungen stellt die Frage, ob es in Italien um den Datenschutz besser oder um die Kontrolle schlechter gestellt ist: Im Jahr 2018 wurde in Deutschland 12.600 Verletzungen angezeigt, in Italien nur 610. Nach Angaben des bayerischen Landesamtes für Datenschutzaufsicht werden im Jahr 2019 allein in Bayern 4200 Anzeigen erwartet. Demgegenüber wurden in Italien im ersten Halbjahr 2019 nur zwei Bußgelder ausgesprochen, über 50.000 Euro und über 16.000 Euro; letzteres gegenüber einem Arzt, der seine Patientenkartei für den eigenen politischen Wahlkampf missbrauchte (Quelle: Sole24ore vom 18.07.2019).

Ansprüche gegen Facebook bei CDU und SPD gepfändet

Jeder in Deutschland oder in Italien tätige Rechtsanwalt weiß, wie schwierig es ist, Kostentitel gegen Facebook oder Google zu vollstrecken. Der Weg nach Irland wird insbesondere bei kleinen Forderungen kaum beschritten. Ein findiger Kollege, der sich ohnehin über die Regierungsparteien ärgerte, pfändete die Forderung bei CDU und SPD als Drittschuldner. Diese werben massiv bei Facebook, sodass pfändbare Forderungen in jedem Fall vorhanden sind. Beide Parteien schalten im erheblichem Umfang Anzeigen bei Facebook. Gute Idee, Herr Kollege!

LESEEMPFEHLUNGEN

Zur Strafbarkeit geplanter Obsoleszenz

Für alle, die den Begriff erstmals hören: Damit ist ein vom Hersteller schon vorgesehener Produktverschleiß gemeint. So ermittelt beispielsweise die französische Justiz gegen Apple, wegen einer absichtlichen Haltbarkeitsverkürzung von iPhones. Viele Hersteller von Mobiltelefonen bauen die Akkus fest in das Gerät ein, damit diese nicht ausgetauscht werden können und der Verbraucher sich bei Ablauf der Akku Laufzeit ein neues Gerät kaufen muss.

Während in Frankreich der Gesetzgeber schon tätig geworden ist, befasst sich Hoven, in NJW 2019, S. 3113 ff mit der Frage, ob geplante Obsoleszenz in Deutschland schon nach geltendem Recht strafbar ist oder ob ein entsprechendes Gesetz vonnöten ist.

INTERCULTURALE

Contenuto delle informazioni indipendente dalla velocità della lingua

Gli italiani parlano più velocemente dei tedeschi. Ma trasmettono in tal modo anche più informazioni?

Il ricercatore rumeno Dan Dediu, insieme al suo collega francese Christophe Coupé, ha determinato il contenuto informativo di 17 lingue europee e asiatiche utilizzando sequenze di sillabe e ha concluso che le lingue lente - come il thailandese - hanno un contenuto informativo più elevato (8 bit per sillaba) rispetto alle lingue più veloci come il basco, il giapponese e l'italiano (5 bit per sillaba). Il contenuto dell'informazione si equilibrerebbe nuovamente con la velocità della lingua e quindi ammonterebbe a circa 39 bit/s per tutte le lingue. Mentre l'italiano è in cima alla lista in termini di velocità linguistica, il tedesco occupa una posizione intermedia (<https://science.orf.at/stories/2990926>).



Opfer einer deutsch-schweizerischen Ansprache (0 bits/s)
Vittima di un discorso di uno Svizzero Tedesco (0 bits/s)

ULTIME DALL'ITALIA

Riforma della Giustizia 2019

I lavori sulla riforma del processo civile, interrotti dal cambio di governo, dovrebbero essere proseguiti e attuati prima della fine del 2019. Saranno introdotti calendari procedurali con termini di legge, il che dovrebbe portare ad una notevole accelerazione della procedura. Nelle cause riguardanti i contratti finanziari, bancari e assicurativi, nonché nei casi di responsabilità medica e sanitaria, il tentativo di mediazione precedentemente richiesto prima della presentazione di una domanda giudiziale verrà, a quanto sembra, abolito e introdotto invece in materia di contratti di mandato e rapporti di mediazione. Un'aggiunta originale, dal punto di vista tedesco, è la possibilità introdotta per gli avvocati di condurre una sorta di assunzione delle prove prima del processo. La rispettiva controparte può essere invitata a pronunciarsi sull'esattezza di un fatto. Se vengono fatte dichiarazioni false, ciò può essere perseguito penalmente.

ULTIME DA DOLCE·LAUDA

Marilena Bacci eletta nel consiglio di amministrazione dell'Ordine degli Avvocati di Francoforte

Siamo fieri di poter comunicare che l'avvocato e RA Marilena Bacci è stata eletta quale membro del consiglio di amministrazione dell'Ordine degli Avvocati di Francoforte, ottenendo il secondo miglior risultato per la circoscrizione di Francoforte. Congratulazioni!

ULTIME DALLA GERMANIA

Brutalizzazione della morale in rete

In Germania, è sorta una vivace discussione sociale sulla moltitudine di insulti e calunnie che apparentemente circolano impuniti su Internet e sono in costante aumento. Non è ancora possibile stabilire se la cosiddetta legge Netzwerkdurchsetzungsgesetz, che obbliga a partire dal 2018 i fornitori di servizi sociali, cioè Facebook e Co., a cancellare i contenuti criminali entro 24 ore, migliorerà il tenore della conversazione. Una nuova interessante proposta è quella di riformare il § 13 VI TMG (Telemediengesetz). In base a ciò, il fornitore di servizi deve consentire l'uso della telemedia e il suo pagamento in forma anonima o con uno pseudonimo. Se questa disposizione fosse „invertita“, tutti potrebbero, ad esempio, essere obbligati a comparire sotto il loro vero nome (obbligo di usare un nome chiaro). Come spesso accade, ciò solleva la questione dei Big Data contro la lotta alla criminalità, che può essere decisa solo a livello politico.

Alla fine dell'anno, il Ministero della giustizia dovrebbe presentare un disegno di legge contro i crimini motivati dall'odio su Internet. I gestori di piattaforme online sono tenuti a comunicare determinati contenuti rilevanti per il diritto penale e i relativi indirizzi IP a un nuovo ufficio centrale dell'Ufficio federale di polizia criminale (BKA).

Niente arresto per Markus Söder.

Un caso interessante sull'applicazione pratica della separazione dei poteri è attualmente in corso in Baviera. I tribunali bavaresi hanno condannato lo „Stato Libero“ di Baviera ad abbassare il valore limite di biossido di azoto per la città di Monaco di Baviera. Ciò significherebbe, tra l'altro, il divieto di circolazione per Diesel nel capoluogo bavarese. Il governo dello Stato bavarese si è apertamente opposto alla decisione del tribunale. Il primo ministro Söder ha dichiarato inequivocabilmente che non saranno introdotti divieti di circolazione. Il tribunale amministrativo bavarese ha deferito il caso alla Corte di giustizia europea (causa C-752/18); può essere il primo ministro bavarese posto ad arresto coercitivo? Il procuratore generale si è espresso a favore del primo ministro. I funzionari pubblici tedeschi che non si conformano a sentenze giuridicamente vincolanti non possono essere sottoposti in Germania a detenzione. Non esiste una base giuridica chiara per una tale detenzione. Un tale fondamento è tuttavia necessario per poter limitare il diritto fondamentale alla libertà. Resta da vedere se la Corte seguirà la proposta del procuratore generale.

Apertura a Bari!

L'apertura del nuovo ufficio a Bari nel Centro della città (Via Amendola 104. + 39 080 - 512 99 49) è stata debitamente festeggiata con un aperitivo in terrazza e molti colleghi pugliesi hanno accettato l'invito, fra cui il Prof. Avv. Vincenzo Vito Chionna, Console onorario della Repubblica Federale Tedesca.

PRIVACY DEI DATI ALLA TEDESCA E ALL'ITALIANA

Violazioni del regolamento sulla protezione dei dati in Italia e in Germania

Il 29 maggio 2018 è entrato in vigore in tutta Europa il regolamento sulla protezione dei dati (GDPR). Come riportato nella nostra precedente newsletter, quella giornata ha goduto dell'attenzione di tutte le aziende tedesche e si è trasformata in un'attività lucrativa per molti avvocati specializzati in grado di accompagnare la clientela nell'implementazione dei relativi requisiti nelle aziende. L'opinione pubblica italiana ha reagito con molta più serenità; sulla base delle statistiche delle violazioni segnalate, ci si chiede se la situazione in Italia sia migliore per quanto riguarda la protezione dei dati o peggiore per quanto riguarda il controllo: nel 2018 sono state segnalate 12 600 violazioni in Germania e solo 610 in Italia. Secondo l'autorità bavarese per il controllo della protezione dei dati, nel 2019 sono attese 4200 notifiche solo in Baviera. In Italia, invece, nella prima metà del 2019 sono state inflitte solo due multe, una di 50.000 euro e una di 16.000 euro; quest'ultima per un medico che ha abusato della sua cartella clinica per la propria campagna elettorale politica (fonte: Sole24ore del 18.07.2019).

Crediti contro Facebook sequestrati presso CDU e SPD

Qualsiasi avvocato che lavora in Germania o in Italia sa quanto sia difficile far valere i titoli esecutivi contro Facebook o Google. Il tentativo di agire in Irlanda viene utilizzato molto poco, soprattutto per le controversie di modesta entità. Un collega intraprendente, già infastidito dai partiti di governo, ha sequestrato il credito presso la CDU e la SPD, quali terzi debitori. Tali partiti pubblicizzano massicciamente su Facebook, motivo per cui esistono in ogni caso dei crediti su cui agire. Entrambi i partiti fanno pubblicità su Facebook in misura considerevole. Buona idea, collega!

INVITO ALLA LETTURA

Obsolescenza programmata in materia di responsabilità penale

Per tutti coloro che ascoltano il termine per la prima volta: si tratta di un'usura del prodotto già prevista dal produttore. Ad esempio, la magistratura francese sta indagando nei confronti di Apple, in merito alla riduzione intenzionale della durata di vita degli iPhone. Molti produttori di telefoni cellulari installano le batterie nel cellulare in modo che non possano essere sostituite e obbligando così il consumatore ad acquistare un nuovo prodotto quando la durata della batteria si esaurisce.

Mentre in Francia il legislatore è già intervenuto, Hoven, nella NJW 2019, pag. 3113 e seguenti, si occupa della questione se l'obsolescenza programmata in Germania sia già punibile ai sensi del diritto vigente o se sia necessaria una legge corrispondente.

TRANSPORTRECHT

Italien: Direktklage des Frachtführers gegenüber sämtlichen Auftraggebern

Mit Urteil Nr. 226/2019 vom 25.09.2019 hat das ital. Verfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des Art. 7-ter des Gesetzesdekrets Nr. 286/2005, endgültig bestätigt. Mit dieser Norm wurde dem tatsächlichen Frachtführer, der eine Beförderung im Auftrag eines anderen Beförderers erbracht hat, das Recht eingeräumt, gegen alle, die die Beförderung angeordnet haben, die angefallene Fracht einzuklagen (Direktklage). Dies hat zur Folge, dass er seinen Frachtsanspruch auch gegen diejenigen durchsetzen kann, mit denen kein Vertragsverhältnis besteht, da alle involvierten Parteien, die die Beförderung im Auftrag gegeben haben, gesamtschuldnerisch haften. MB

Brexit: Notfallverordnung für Güterkraftverkehr verlängert bis. 31.07.2020

Die Unsicherheit über die Brexit-Verhandlungen führte bereits in der Vergangenheit zu einer Notfallverordnung für den Güterkraftverkehr, um den Personen- und Gütertransport zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiterhin unbürokratisch sicher zu stellen: Die Übergangsregelungen von Großbritannien sehen demnach für Firmen aus der EU eine Kabotageverordnung im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 vor. Für britische und nordirische Expeditionen gelten hingegen andere Bedingungen, da ab dem Tag, an dem Großbritannien die EU offiziell verlässt, ihnen nur noch ein eingeschränkter Kabotageverkehr in den Mitgliedsländern der EU ermöglicht wird.

Dies hat zur Folge, dass im Fall eines harten Austritts erst einmal keine CEMT-Genehmigung benötigt wird um Warentransport durchzuführen. Diese Regelung war ursprünglich bis zum 31.12.2019 vorgesehen. Nun wurde diese Regelung bis zum 31.07.2020 verlängert. MB

Schweiz: Öffnung der Grenzen für Schienentransport

Während Großbritannien alles daran setzt, um eine historisch hart erkämpfte Freizügigkeit auf EU Ebene aufzugeben bzw. zumindest stark zu limitieren, zeigt die Schweiz eine offene Haltung zumindest im Schienentransport. So wurde im November 2019 ein erstes Gesetz verabschiedet, das die Harmonisierung des Schweizer Rechts mit der EU-Regelung zum Inhalt hat. Wir werden weiter darüber berichten. MB

Domiciliazioni e ricerca
personale bilingue

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

NEUES AUS EUROPA

EuGH: Keine Kredite in Fremdwährung bei Rückzahlung in Euro

Der EuGH hat eine verbraucherfreundliche Entscheidung getroffen, die vielen Darlehensnehmern, die einen Kredit in ausländischer Währung aufgenommen und sich verpflichtet haben, die Kreditraten in Euro zurückzuzahlen, erheblich helfen wird. Es wurde nicht nur festgestellt, dass ein solcher Vertrag den Verbraucher unangemessen benachteiligt, sondern auch, dass die Gerichte der Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Nichtigkeit des Vertrages auch dann festzustellen, wenn der Kreditgeber – also die Bank – aus einer notariellen Urkunde vollstreckt, in der sich der Verbraucher der Zwangsvollstreckung unterworfen hatte (C - 407/18, 26.06.2019). Im entschiedenen Fall hatte der Verbraucher ein Darlehen in Schweizer Franken aufgenommen. Durch die Aufwertung des Franken hätten sich wesentlich höhere Raten (in Euro umgerechnet) ergeben.

EuGH: Deutsche PKW-Maut europarechtswidrig

In dieser der deutschen Öffentlichkeit wohlbekannteren Entscheidung vom 18.6.2019 (C-519/17) hat der europäische Gerichtshof ein Gesetz der Bundesrepublik Deutschland für europarechtswidrig erklärt, nach dem in Deutschland eine Mautgebühr für die Straßennutzung eingeführt worden wäre. Letztlich hätten aber nur die Ausländer die Maut gezahlt, da den deutschen Autofahrern die Maut über eine Steuererleichterung erstattet worden wäre.

Die Entscheidung ist aus rechtlichen Gründen alles andere als interessant, da die Diskriminierung von EU-Ausländern evident war. In Italien und Österreich zahlen nicht nur die deutschen Autofahrer die Autobahngebühren, sondern auch die italienischen und österreichischen selbst. Die Einführung der Mautgebühr war größtenteils dem nicht besonders fremdenfreundlichen Klima geschuldet, das im Wege der großen Migrationsbewegung im Jahr 2015 in Deutschland entstanden war. Die bayerische Schwesterpartei der CDU, die CSU, suchte nach deutsch-nationalen Themen, um die ganz rechte Konkurrenz (AFD) auf Abstand zu halten. Selbst die juristisch nicht vorgebildete Bundeskanzlerin hatte aber schon seinerzeit auf die Sinnlosigkeit des Unterfangens hingewiesen.

Rechtlich interessant sind hingegen die Folgen, die möglicherweise zum Rücktritt des Verkehrsministers (CSU) führen werden. Übereifrig hatte der Minister schon Verträge mit den Betreibergesellschaften abgeschlossen, ohne die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs abzuwarten. Die Bundesrepublik sieht sich jetzt erheblichen Schadensersatzansprüchen ausgesetzt, die bei einer geduldigeren Amtsführung nicht entstanden wären. Die abgeschlossenen Verträge sind immerhin im Internet einsehbar (<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/Maut-Vertrag.html>).

Arrestansprüche gegen Briten

Für den einzelnen Rechtsschutz benötigt man in allen westlichen Rechtsordnungen einen Arrestanspruch (fumus bonus iuris) und einen Arrestgrund (periculum in mora). Nach § 917 Abs. 2 BGB kann ein Arrestgrund einfach vermutet werden, wenn der Schuldner im Ausland sitzt. Im deutsch-italienischen Verhältnis hatte die Vorschrift nach Inkrafttreten der EuGVO und der Vorgängerverordnung keinen praktischen Anwendungsraum mehr. Treten die Briten tatsächlich aus der EU aus, so könnte sich hier ein wirksames Druckmittel für Forderungen gegen britische Staatsangehörige oder Gesellschaften ergeben. Jedenfalls wird diese Auffassung auch vom OLG Frankfurt a. M. vertreten (3.05.2019, 2 U 1/19). Wenn kein weiteres internationales Abkommen entsprechend der EuGVO abgeschlossen werden würde, könnte das vereinigte Königreich in Bezug auf den einzelnen Rechtsschutz in Deutschland für vogelfrei erklärt werden.

Wiedereinführung der Meister

Nicht immer tut Deregulierung gut. Auf der einen Seite schwärmt die Rest-EU vom deutschen dualen System, auf der anderen Seite wurde der hohe Qualitätsstandard, der in Deutschland durch die Meisterprüfung und das Handwerkswesen gewährleistet wurde, aus falsch verstandener Europafreundlichkeit abgebaut. Nun wird glücklicherweise gegengesteuert. Für 53 Handwerksberufe wird die in der Handwerksordnung 2004 abgeschaffte Meisterpflicht wieder eingeführt, vom Parkettleger bis zum Orgelhersteller, vom Schilder- und Lichtreklamehersteller bis zum Sonnenschutztechniker. Meisterbetriebe sind unerlässliche Voraussetzungen für die erfolgreiche duale Ausbildung.



Wanted! Frauen Vorn

Europol hat die EU-Mitgliedstaaten gebeten, ihren jeweils meistgesuchten Kriminellen zu benennen. Von den 21 benannten Flüchtigen sind 18 weiblich. Trost für weibliche Leser: Klickt man auf die von Europol meistgesuchten Missetäter (<https://eumost-wanted.eu>) ist das Geschlechterverhältnis durchaus ausgeglichen.

ULTIME DALL'EUROPA

Corte di Giustizia europea: nessun prestito in valuta estera in caso di rimborso in euro

La Corte di giustizia europea ha preso una decisione favorevole ai consumatori che aiuterà in modo significativo molti mutuatari che hanno contratto un prestito in valuta estera e si sono impegnati a rimborsare le rate del mutuo in euro. È stato stabilito non solo che tale accordo è ingiustamente discriminatorio nei confronti del consumatore, ma anche che i tribunali degli Stati membri sono tenuti a dichiarare la nullità del contratto anche se il creditore - cioè la banca - procede all'esecuzione sulla base di un atto notarile, in cui il consumatore si è sottoposto all'esecuzione forzata (C - 407/18 del 26.06.2019). Nel caso in questione, il consumatore aveva contratto un mutuo in franchi svizzeri. L'apprezzamento del franco avrebbe portato a rate significativamente più elevate (in seguito alla conversione in euro).

Corte di giustizia europea: il pedaggio tedesco sugli autoveicoli è contrario al diritto europeo

In questa decisione del 18 giugno 2019 (C-519/17), ben nota al pubblico tedesco, la Corte di giustizia europea ha dichiarato contraria al diritto europeo una legge della Repubblica federale di Germania, secondo la quale sarebbe stato introdotto in Germania un pedaggio per la circolazione stradale. Tuttavia, alla fine, solo gli stranieri avrebbero pagato il pedaggio, poiché il pedaggio sarebbe stato rimborsato agli automobilisti tedeschi attraverso uno sgravio fiscale.

Per ragioni di diritto, la decisione è tutt'altro che interessante, poiché la discriminazione nei confronti degli stranieri dell'Unione europea era evidente. In Italia e in Austria non sono solo gli automobilisti tedeschi a pagare i pedaggi autostradali, ma anche gli stessi automobilisti italiani e austriaci. L'introduzione dei pedaggi è dovuta in gran parte al clima non particolarmente xenofilo che si era creato in Germania a causa del grande movimento migratorio del 2015. La sorella bavarese della CDU, la CSU, era alla ricerca di temi nazionali tedeschi per tenere a bada la sua concorrenza di destra (AFD). Anche la Cancelliera, che non ha ricevuto una formazione giuridica, aveva già sottolineato l'insensatezza del progetto.

Le conseguenze, d'altro canto, sono giuridicamente interessanti e possono portare alle dimissioni del ministro dei Trasporti (CSU). Il ministro aveva già concluso con eccessivo zelo i contratti con le società operative senza attendere la decisione della Corte di giustizia europea. La Repubblica federale sta ora affrontando notevoli richieste di risarcimento danni, che non sarebbero sorte se le autorità fossero state più pazienti. I contratti conclusi sono tuttavia visibili su Internet (<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/Maut-Vertrag.html>).

Richieste di sequestro conservativo contro i britannici

Per richiedere un provvedimento d'urgenza, tutti i sistemi giuridici occidentali richiedono un diritto (*fumus bonus iuris*) e un motivo per l'urgenza (*periculum in mora*). Ai sensi del § 917 comma 2 del cpc tedesco un motivo può essere semplicemente presunto se il debitore è residente all'estero. Nel rapporto tedesco-italiano, la disposizione non aveva più alcun campo di applicazione pratica dopo l'entrata in vigore del Regolamento di Bruxelles. Se i britannici lasciassero effettivamente l'Unione europea, ciò potrebbe tradursi in un mezzo efficace per esercitare una pressione sulle richieste di risarcimento contro cittadini o società britanniche. In ogni caso, questa opinione è stata espressa anche dalla Corte d'Appello di Francoforte sul Meno (3.05.2019, 2 U 1/19). Se non venisse concluso alcun altro accordo internazionale conformemente al Regolamento di Bruxelles, il Regno Unito potrebbe essere dichiarato fuorilegge in Germania per quanto riguarda la tutela giuridica individuale tramite provvedimenti d'urgenza.



Reintroduzione dei maestri artigiani

La deregolamentazione non fa sempre bene. Da un lato, il resto dell'UE è entusiasta del sistema duale tedesco; dall'altro, l'elevato standard qualitativo garantito in Germania dall'esame di maestro artigiano e dal sistema artigianale è stato smantellato a causa di un frainteso atteggiamento volto ad assecondare l'Europa. Ora, fortunatamente, le contromisure sono state prese. Per 53 mestieri artigianali, l'obbligo di maestro artigiano abolito dal Codice dell'Artigianato 2004 sarà reintrodotta, a partire dal posatore di parquet al produttore di organi, dal produttore di insegne pubblicitarie al tecnico della protezione solare. I maestri artigiani sono i presupposti indispensabili per una formazione duale di successo.

Wanted! Le donne avanti

Europol ha chiesto agli Stati membri dell'UE di indicare i loro criminali più ricercati. Dei 21 latitanti ricercati, 18 sono donne. Consolazione per i lettori di sesso femminile: se si clicca sui malfattori più ricercati da Europol (<https://eumostwanted.eu>), il rapporto è abbastanza equilibrato.

DIRITTO DEI TRASPORTI

Italia: azione diretta del vettore nei confronti di tutti i committenti

Con Sentenza n. 226/2019 del 25.09.2019 emessa nel giudizio di legittimità costituzionale in via incidentale, la Corte Costituzionale ha definitivamente dichiarato la legittimità dell'art. 7-ter del d.lgs. n. 286 del 2005, aggiunta in sede di conversione del D.L. n. 103 del 2010 con la legge n. 127 del 2010, con cui è stata introdotta l'azione diretta del vettore che ha svolto un servizio di trasporto su incarico di altro vettore nei confronti di tutti coloro che hanno ordinato il trasporto (cd. autotrasporto di merci per conto di terzi). Si ricorda che con tale disposizione è stato fornito al vettore uno strumento diretto per azionare la propria pretesa di pagamento del nolo anche nei confronti di coloro con cui non sussiste alcun rapporto contrattuale, rendendoli obbligati in solido per effetto di legge. MB

Brexit: Proroga del decreto d'urgenza per il trasporto di merci su strada fino al 31.07.2020

L'incertezza dei negoziati Brexit ha già portato in passato all'adozione di una cd. regolamentazione di emergenza anche nel settore del trasporto di merci su strada, con l'obiettivo di garantire che il trasporto di passeggeri e merci tra il Regno Unito e gli Stati membri dell'Unione Europea continui ad essere possibile e poco burocratico: la normativa transitoria della Gran Bretagna prevede quindi una regolamentazione del cabotaggio per le imprese dell'UE allineata al regolamento (CE) n. 1072/2009. Diversa la situazione invece per vettori britannici e nordirlandesi, i quali saranno soggetti a condizioni diverse, posto che con l'uscita del Regno Unito dall'UE, potranno effettuare un cabotaggio limitato negli Stati membri dell'UE.

Di conseguenza, anche in caso del cd. hard brexit, non sarà necessario richiedere l'autorizzazione CEMT per il trasporto di merci. La durata di tale regolamentazione era inizialmente prevista fino al 31.12.2019, ma è stata ora prorogata fino al 31.07.2020. MB

Svizzera: apertura delle frontiere per il trasporto ferroviario

Mentre la Gran Bretagna si sta notoriamente adoperando al fine di abolire o almeno limitare fortemente la libertà di circolazione a livello europeo, la Svizzera sta mostrando un atteggiamento aperto, almeno nel trasporto ferroviario. Nel novembre 2019 è stata approvata una prima legge che armonizza il diritto svizzero con le disposizioni dell'UE (in questo settore). Vi terremo aggiornati sullo sviluppo. MB

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

SMS und E-Mail zugelassene Beweismittel im italienischen Zivilprozess

Wie der italienische Kassationshof mit Urteil 19155 vom 17.7.2019 entschieden hat, sind sowohl SMS wie auch E-Mails als „mechanische Wiedergaben“ im Sinne des Art. 2712 codice civile anzusehen und damit zulässige Beweismittel. Wird behauptet, SMS oder E-Mails seien unecht, ist hierfür von der jeweiligen Gegenpartei Beweis zu führen. Also ist zunächst mal derjenige im Vorteil, der eine entsprechende Mitteilung vorlegen kann.

Deutsche Jurastudenten haben mehr Zeit

Der Bundestag hat die offizielle Studien- und Prüfungsdauer für Jurastudenten von 4,5 auf 5 Jahre verlängert. Da das Staatsexamen sich einer Dauer von knapp einem Jahr sich daran noch anschließt, können deutsche Studenten im europäischen Durchschnitt sicher nicht die schnellsten sein.

Notar wegen Firmenbestattungen verurteilt

In Deutschland versuchen einige Gesellschafter von GmbHs die Insolvenz und das damit einhergehende Verfahren ihrer Gesellschaft einfach dadurch zu vermeiden, in dem sie im letzten Augenblick die Geschäftsanteile der Gesellschaft an einen Strohmann veräußern, der dann den Sitz der Gesellschaft in ferne Länder verlegt. Der strafrechtlichen Problematik wird dadurch begegnet, dass der Erwerber sich im Übernahmevertrag verpflichtet, die Gesellschaft zu sanieren und dass der Kaufpreis erst danach fällig werden solle. Sanierungen finden dann in der Regel nicht statt.

Die Strafbarkeit eines solchen Geschäftsmodells liegt dennoch auf der Hand. Erstmals wurde aber jetzt auch ein Notar wegen Verstoß gegen seiner allgemeinen Berufspflicht aus § 14 Abs. 2 Bundesnot-

arordnung verurteilt, der sehenden Auges eine Vielzahl von solchen Protokollierungen vorgenommen hatte. In Deutschland – wie auch in Italien – bedarf die Abtretung von Geschäftsanteilen einer GmbH der notariellen Form (BGH v. 8.4.2019, Not 19/17).

Wirksamkeit der notariellen Urkunde bei zweisprachiger Fassung

Der Mandantenbrief hatte wiederholt Gelegenheit sich mit der Wirksamkeit von Urkunden zu beschäftigen, die von italienischen oder schweizerischen Notaren erstellt wurden und deutschen Formvorschriften genügen sollten. Eine in diesem Zusammenhang interessante Entscheidung hat der BGH in einem Familienrechtsstreit getroffen. Die Parteien beurkundeten in einer zweisprachigen Fassung deutsch/englisch einen Ehevertrag. Die deutsche Fassung wurde nur unzureichend bzw. sinnentstellend ins Englische übersetzt, die Ehefrau verzichtete auf gesetzliche Scheidungsfolgen. Sie wurde durch die unzureichende Übersetzung („New property we get in our marriage belongs us half“ in die Irre geführt. Der BGH sieht eine Verantwortung des Ehemannes nur für den Fall, dass er die Verhandlungssituation mit der schlechten Übersetzung selbst veranlasst hatte. Ansonsten hält er die Urkunde für wirksam, auch wenn der Teil von Vorschriften, die nicht zwingender Bestandteil der Urkunde sind – sondern bloß sogenannte Sollvorschriften – den Beteiligten nicht verlesen und nicht übersetzt wurden (BGH vom 20.03.2019, XII ZB 310/18).

Anwaltsvergütung und Zeithonorar – sechsfache der gesetzlichen Vergütung zulässig

In Deutschland wie auch in Italien kann der Anwalt mit seinen Mandanten eine Abrechnung nach Zeithonorar oder auch nach den gesetzlichen Gebühren

vereinbaren. Das eine Verfahren ist nicht unbedingt günstiger als das andere. Bei sehr hohen Streitwerten kann die Vereinbarung nach gesetzlichen Gebühren für den Rechtsanwalt günstiger sein, bei niedrigen Streitwerten zieht der Rechtsanwalt das Zeithonorar vor.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf (8.01.2019) hatte einen Fall zu entscheiden, in dem der Anwalt durch die Vereinbarung von Zeithonorar das sechsfache der gesetzlichen Vergütung forderte. Die Mandantin hielt dies für sittenwidrig und weigerte sich die Rechnung zu bezahlen.

Das OLG urteilte zugunsten des Anwaltes. Allein der Vergleich zu der gesetzlichen Vergütung könnte keine Sittenwidrigkeit begründen. Man müsse den hohen Zeitaufwand zu Gunsten des Rechtsanwaltes berücksichtigen, es sei denn, es lägen Anhaltspunkte für ein „unangemessenes Aufblähen der Arbeitszeit“ vor. Im Übrigen hielt das OLG auch ein Stundensatz von 250 Euro/h für zulässig und hielt dem Mandanten vor, dass er die in Rechnung gestellte Arbeitszeit nicht dort bestreiten könne, wo er selbst mitgewirkt habe, bei Mandantenbesprechungen oder bei mit ihm geführten Telefonaten.

Widerspruch zwischen Gutachten

Es ist alles andere als unüblich, dass ein Gericht blind dem gerichtlich bestellten Sachverständigen folgt, ohne sich in den Entscheidungsgründen mit dem Ergebnis eines Privatgutachtens auseinanderzusetzen. Der BGH hat hierzu eine hilfreiche Entscheidung getroffen: Besteht ein Widerspruch zwischen den Äußerungen verschiedener Sachverständiger, ist der Tatrichter zur Aufklärung des Widerspruchs auch dann verpflichtet, wenn es dabei um Privatgutachten geht (BGH, Urt. v. 14.05.2019 - VI ZR 393/18).

INFORMATIONEN FÜR MANDANTEN

Was kostet der Rechtsanwalt?

Die Tarife von Dolce Lauda werden dem geeigneten Leser bekannt sein. Aber was kosten die andern?

Bei den international tätigen Kanzleien scheint sich die Vermutung, dass deutsche Kanzleien teurer sind, nicht zu bestätigen. Hier eine Grafik der Juve.de

DIE TOP-ABRECHNER 2018	
Die teuersten Partner	Die teuersten Associates
Kartellrecht 403	Wirtschaftsstrafrecht 297
Konfliktlösung 389	Kartellrecht 287
Wirtschaftsstrafrecht 388	Konfliktlösung 285
Compliance 387	Restrukturierung/Sanierung 282
Private Equity 375	Medien 282

und im Vergleich dazu eine Grafik der legalcommunity.it für die italienischen Kollegen:

Il check up delle parcelle Compensi per ora di lavoro in base alla tipologia di studio legale								
Valori in euro	Praticante	Junior associate	Associate	Senior associate	Managing Associate	Counsel	Salaried partner	Lead partner
Big nazionali	150	200	225	275	350	375	400	550
Soc. consulenza	165	240	270	270	380	nd	550	nd
Boutique	89	118	160	181	228	235	290	396
Superboutique	125	155	195	250	-	285	-	450
Internazionali	125	155	212	262	-	305	360	490
Compensi medi	115	150	185	220	270	300	350	450

S.A. Fonte: Centro ricerche Legalcommunity.it

Während Juve.de nur die Spitzensätze ermittelt hat, scheint es sich bei den Angaben von legalcommunity mit um Durchschnittswerte zu handeln. Beide Untersuchungen betreffen Großkanzleien oder spezialisierte sogenannte „Boutiques“. Die nur lokal tätige Kanzlei ist in beiden Ländern sicher günstiger.

Ein großer Vorteil der italienischen Kollegen ist ihre Kostenstruktur. Eine ausgebildete Rechtsanwalts-

fachgestellte verdient im Frankfurter Raum mehr als doppelt so viel wie eine vergleichbare Mitarbeiterin mit entsprechender Berufserfahrung in Mailand.

Vorübergehendes Verbot der Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit wegen fehlender Unterhaltsleistungen

Dass in Italien die Familie noch mehr geschätzt wird als in Deutschland ist bekannt. Der Consiglio nazionale Forense, mit der deutschen Bundesrechtsanwaltskammer vergleichbar, hat eine Disziplinarstrafe bestätigt, die eine Rechtsanwaltskammer gegenüber einem Mitglied ausgesprochen hatte (CNF, s. n. 177/18; vom 13.12.2018). Der Rechtsanwalt war seinen Unterhaltsleistungen gegenüber seinen minderjährigen Kindern nicht nachgekommen. Dies hielt die Kammer mit der Würde des anwaltlichen Berufs nicht vereinbar. Das Fehlverhalten würde das Ansehen des ganzen Berufsstandes schädigen.

INFORMAZIONI PER COLLEGHI

SMS e E-mail mezzi di prova ammesse nel processo civile italiano

Come ha ribadito la Corte di Cassazione italiana con la sentenza 19155 del 17.7.2019 sia gli sms che le e-mail devono essere considerati come „riproduzioni meccaniche” ai sensi dell’art. 2712 c.c. e pertanto mezzi di prova ammissibili. Se si sostiene che gli SMS o le e-mail sono falsi, l'altra parte deve fornire prove in tal senso. Quindi, prima di tutto, è in vantaggio chi può produrre un messaggio corrispondente.

Gli studenti di giurisprudenza tedeschi hanno più tempo

Il Bundestag ha esteso la durata ufficiale degli studi e degli esami per gli studenti di giurisprudenza da 4,5 a 5 anni. Dato che lo stesso Staatsexamen (esame di stato) necessita almeno di un anno di studio, gli studenti tedeschi non possono certamente essere i più veloci della media europea.

Notaio condannato per cd. „funerali societari”.

In Germania, alcuni soci di società a responsabilità limitata cercano di evitare l'insolvenza e le procedure associate della loro società semplicemente vendendo all'ultimo momento le quote della società a un prestanome che poi trasferisce la sede legale della società in paesi lontani. Il problema penale è contrastato dal fatto che l'acquirente si impegna nell'accordo di acquisizione a ristrutturare l'impresa e che il prezzo di acquisto è dovuto solo successivamente. La ristrutturazione non ha poi di solito luogo.

La punibilità di tale modello di business è ovvia. Per la prima volta, tuttavia, un notaio è stato anche condannato per aver violato il suo dovere professionale

generale ai sensi dell'articolo 14, paragrafo 2, della legge federale sui notai, visto che aveva fatto un gran numero di tali rogiti senza opportuni controlli. In Germania - come in Italia - la cessione di quote di una GmbH richiede la forma notarile (BGH dell'8.4.2019, non 19/17).

Validità del documento notarile redatto in due lingue.

La lettera ai clienti ha avuto più volte l'opportunità di occuparsi della validità degli atti redatti da notai italiani o svizzeri e che dovrebbero soddisfare i requisiti formali tedeschi. Il BGH (Corte Suprema federale) ha preso una decisione interessante a questo proposito in una controversia di diritto di famiglia. Le parti hanno stipulato un contratto di matrimonio in versione bilingue tedesco/inglese. La versione tedesca è stata tradotta in inglese solo in modo insufficiente o distorcendo il significato, la moglie ha rinunciato alle conseguenze legali del divorzio. Ella sarebbe stata ingannata dalla traduzione inadeguata („New property we get in our marriage belongs us half“). Il BGH vede una responsabilità da parte del marito solo nel caso in cui egli stesso abbia iniziato la trattativa con la scarsa traduzione. In caso contrario, egli ritiene che l'atto sia valido, anche se la parte di disposizioni che non sono parte obbligatoria dell'atto - ma solo cosiddette „Sollvorschriften“ - non sono state tradotte (BGH del 20.03.2019, XII ZB 310/18).

Tariffario legale e onorario a tempo – ammissibile un compenso sei volte più alto di quello previsto per legge.

In Germania, come in Italia, l'avvocato può concordare con i suoi clienti un compenso in base a

tariffa oraria o gli onorari secondo il tariffario legale. Una procedura non è necessariamente più economica dell'altra. Con valori di controversia molto alti, l'applicazione del tariffario può essere più favorevole per l'avvocato, mentre con valori bassi l'avvocato preferisce applicare l'onorario a tempo.

La Corte d'Appello di Düsseldorf (8.01.2019) ha dovuto decidere in una causa in cui l'avvocato ha chiesto un compenso sei volte più alto rispetto a quello previsto dalla legge, concordando un onorario a tempo. Il cliente lo considerava immorale e si rifiutava di pagare la fattura.

La Corte si è pronunciata a favore dell'avvocato. Il solo confronto con la remunerazione prevista dalla legge non può giustificare una immoralità. Bisognava considerare l'elevato dispendio di tempo a favore dell'avvocato, a meno che non ci siano indicazioni che l'orario di attività indicato fosse „gonfiato”. In tutti gli altri aspetti, la Corte d'appello ha inoltre ritenuto ammissibile una tariffa oraria di 250 Euro/h e ha ritenuto che il cliente non potesse contestare l'orario di lavoro fatturato in cui egli stesso aveva partecipato, come riunioni con il cliente o conversazioni telefoniche con lui.

Contraddizione tra le perizie

È tutt'altro che insolito che un tribunale segua ciecamente il perito nominato dal tribunale senza dover affrontare le motivazioni della decisione con l'esito di una perizia privata. Il BGH ha preso una decisione utile a questo proposito: In caso di contraddizione tra le dichiarazioni di esperti diversi, il giudice è tenuto a chiarire la contraddizione anche se si tratta di una perizia privata (BGH, sentenza del 14.05.2019 - VI ZR 393/18).

INFORMAZIONI PER CLIENTI

Quanto costa un avvocato?

Le tariffe applicate da Dolce Lauda sono certamente a conoscenza del lettore interessato. Ma quanto costano gli altri avvocati?

Per quanto riguarda gli studi legali operanti in ambito internazionale non trova conferma la supposizione che gli avvocati tedeschi siano più cari. Qui di seguito una grafica di Juve.de

DIE TOP-ABRECHNER 2018	
Die teuersten Partner	Die teuersten Associates
Kartellrecht 403	Wirtschaftsstrafrecht 297
Konfliktlösung 389	Kartellrecht 287
Wirtschaftsstrafrecht 388	Konfliktlösung 285
Compliance 387	Restrukturierung/Sanierung 282
Private Equity 375	Medien 282

e in confronto una grafica di legalcommunity.it per i colleghi italiani:

Il check up delle parcelle								
Compensi per ora di lavoro in base alla tipologia di studio legale								
Valori in euro	Praticante	Junior associate	Associate	Senior associate	Managing Associate	Counsel	Salaried partner	Lead partner
Big nazionali	150	200	225	275	350	375	400	550
Soc. consulenza	165	240	270	270	380	nd	550	nd
Boutique	89	118	160	181	228	235	290	396
Superboutique	125	155	195	250	-	285	-	450
Internazionali	125	155	212	262	-	305	360	450
Compensi medi	115	150	185	220	270	300	350	450

S.A. Fonte: Centricche Legalcommunity.it

Mentre Juve.de ha individuato solo le tariffe più alte, sembra che i dati rilevati da legalcommunity si riferiscano ai valori medi. Entrambe le indagini riguardano i grandi studi legali o le cosiddette boutique specializzate. Gli studi operanti solo a livello locale sono certamente più economici in entrambi i paesi.

Un grande vantaggio dei colleghi italiani sono i costi della struttura. Una collaboratrice legale qualificata guadagna più del doppio nella zona di Francoforte rispetto a una dipendente con corrispondente esperienza professionale a Milano.

Divieto temporaneo di esercitare la professione di avvocato per mancanza di versamento di assegni alimentari

È noto che in Italia la famiglia è maggiormente apprezzata rispetto alla Germania. Il Consiglio nazionale Forense ha confermato una sospensione disciplinare inflitta da un ordine degli avvocati ad un proprio membro (CNF, s. n. 177/18; del 13.12.2018). L'avvocato non aveva versato gli assegni alimentari ai figli minori. L'Ordine non lo ha ritenuto compatibile con la dignità, probità e decoro della professione legale. La cattiva condotta danneggerebbe la reputazione dell'intera professione.

ARBEITSRECHT

Geschäftsführer: Europarechtlicher Arbeitnehmer

Der Geschäftsführer einer GmbH ist nach deutschem Arbeitsrecht ohne jeglichen Zweifel kein Arbeitnehmer und kann daher die Schutzvorschriften des Arbeitsrechts nicht in Anspruch nehmen. Europarechtlich ergibt sich ein anderes Bild: Der Mandantenbrief berichtete bereits über den Fall der schwangeren lettischen Geschäftsführerin, die arbeitnehmerrechtliche Mutterschutzvorschriften in Anspruch nehmen durfte (EuGH C-232/09, Danosa). Der BGH hat diese Rechtsprechung jetzt auch auf die Antidiskriminierungsrichtlinie (78/2000) angewandt mit dem Ergebnis, dass in Deutschland auch ein Geschäftsführer sich auf die Vorschriften des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) berufen könne (BGH v. 26.03.2019, II ZR 244/17). In dem entschiedenen Fall wurde der Geschäftsführer gegenüber Arbeitnehmern im Rahmen des Bezugs einer Betriebsrente benachteiligt.

Verdachtskündigung und Durchsuchung des Rechners des Arbeitnehmers

Ein Arbeitnehmer wurde verdächtigt, betriebliche Daten an Dritte unbefugt weitergegeben zu haben. Bei der Durchsuchung seines Rechners stieß der Arbeitgeber auf eine nicht als „privat“ gekennzeichnete Datei, aus der sich ergab, dass der Arbeitnehmer mit seiner Tankkarte auch fremde Fahrzeuge betanken ließ. Während das Arbeitsgericht noch der Klage des Arbeitnehmers stattgegeben hatte, da sich der Fund zufällig ereignete und der Arbeitgeber keinen Anlass hatte, den Rechner nach diesem Ergebnis zu durchsuchen, zeigte sich das Bundesarbeitsgericht einsichtig und entschied, dass hier eine begründete Verdachtskündigung vorgelegen habe (BAG vom 31.1.2019, 2 AZR 426/18). Eine nicht mit „privat“ gekennzeichneten Datei darf auch ohne konkreten Anfangsverdacht vom Arbeitgeber eingesehen werden. Hieraus erfolge kein Verwertungsverbot.

Freier Übersetzer oder angestellter Arbeitnehmer?

In Deutschland wie auch in Italien befinden sich viele Arbeitsverhältnisse im grauen Bereich zwischen Selbstständigkeit und Arbeitsverhältnis. Der sogenannte Scheinselbstständige ist für den Arbeitgeber

ein nicht unerhebliches Risiko, da er rückwirkend vier Jahre lang für nicht aufgeführte Sozialversicherungsbeiträge haftet. Auch für den Arbeitnehmer ergeben sich Risiken, da er neben dem Arbeitgeber für nicht einbehaltene Lohnsteuer und für seinen Anteil der Sozialversicherungsbeiträge haftet.

Ein Übersetzer kam täglich in ein Übersetzungsbüro. Er hatte dort ein eigenes Büro und einen eigenen Dienstrechner zur Verfügung. Ihm wurde ein „Betreuer“ zugeordnet, der ihn regelmäßig mit Übersetzungsaufträgen versorgte. Der Übersetzer wandte sich an das Arbeitsgericht und bat um Feststellung, dass er als Arbeitnehmer einzustufen sei.

Der Übersetzer verlor die Klage, das Arbeitsgericht berief sich dabei auf ein entscheidendes Argument: Der Übersetzer wäre frei gewesen, die Anträge abzulehnen. Er war nicht verpflichtet, jede ihm vom „Betreuer“ vorgelegte Übersetzung auch durchzuführen. Hier wurde das Weisungsrecht des Arbeitgebers zum entscheidenden Kriterium (BAG, Urteil vom 21. Mai 2019, 9 AZR 295/18).

Tröstend für den Arbeitgeber ist in diesem Zusammenhang auch eine Entscheidung des BAG vom 26.6.2019 (5 AZR 178/18). Danach kann der Arbeitgeber in dem Fall, dass ein Arbeitsverhältnis bei einem vermeintlich freien Mitarbeiter später festgestellt wird, die Rückzahlung überzahlter Honorare verlangen, wenn die im Arbeitsverhältnis geschuldete Vergütung niedriger gewesen wäre als das für das freie Dienstverhältnis vereinbarte Honorar.

Angestellter aus Ostdeutschland gemobbt - keine Entschädigung

Wird ein in Ostdeutschland geborener Mitarbeiter von seinen Kollegen wegen seiner Herkunft gemobbt, stellt dies keine Benachteiligung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) dar. Menschen ostdeutscher Herkunft seien weder eine ethnischen Gruppe zugehörig noch hätten sie eine einheitliche Weltanschauung, so das Arbeitsgericht Berlin (Urt. v. 15.08.2019, Az. 44 Ca 8580/18, Quelle: LTO, ww.lto.de, 2.10.2019).



Nach Auffassung des LAG Hamm (Urt. v. 06.06.2019, Az. 17 Sa 46/19) ist der unterzeichnete Arbeitsvertrag zwar ein Scheingeschäft, das eigentliche Geschäft – Sex gegen Geld – aber nicht sittenwidrig und damit nicht nichtig. Das Gericht verurteilte den Mann auf Zahlung und auf Erteilung eines qualifizierten Zeugnisses mit Leistungsbeschreibung und Leistungsbewertung.

Bei manchen Artikeln unseres Mandantenbriefes ist es wirklich schwer, ein Ende zu finden. Gerne würden wir allen Lesern, männliche, weibliche und diverse, die sehr detaillierten Voraussetzungen der Leistungsbeschreibung eines qualifizierten deutschen Zeugnisses näher bringen. Aber dies würde den Rahmen sprengen.

ERBRECHT

Erbvertrag mit italienischer Partei

Der BGH hat mit Beschluss vom 10.07.19, IV ZB 22/18 die Wirksamkeit eines in 1998 vor einem deutschen Notar beurkundeten Erbvertrags zwischen einer deutschen Staatsangehörigen und ihrem Lebensgefährten, der italienischer Staatsangehöriger und ebenfalls in Deutschland wohnhaft war, erklärt, mit dem sie sich wechselseitig zu Alleinerben eingesetzt und als Erbe des Letztversterbenden die gemeinsamen Kinder hatten.

In dem Erbvertrag hatten die Vertragsparteien als Rechtswahl das deutsche Erbrecht vereinbart.

Als die Frau 2017 starb kam es zu einem Rechtsstreit über die Wirksamkeit der erbvertraglichen wechselbezüglichen Erbinsetzung gegenüber einem späteren Testament aus 2016, mit dem die Frau ein Enkelkind als Alleinerbe eingesetzt hatte. Diese nachträgliche Erbinsetzung wäre jedoch nach deutschem Recht unwirksam, weil sie gegen die bindende Erbinsetzung in dem Erbvertrag aus 1998 verstoßen hätte.

Die deutschen Richter gingen davon aus, dass vor der Anwendbarkeit der EU Erbvertragsverordnung 650/2012 die Staatsangehörigkeit des Erblassers das Anknüpfungskriterium für die Erbnachfolge war, und betrachten aufgrund des Erbvertragsverbots des italienischen Rechts den Erbvertrag als ursprünglich unwirksam. Sie prüften jedoch anschließend, ob die spätere Anwendbarkeit der EU ErbVO nach ihrer Übergangbestimmung in Art. 83 Abs. 2 und 3 aufgrund der Wirksamkeitsvoraussetzungen einer vor Inkrafttreten der EU ErbVO getroffenen Rechtswahl nachträglich dem Testament zur Wirksamkeit verholfen haben könnte.

Der BGH hat die Wirksamkeit des Erbvertrages bestätigt, weil er bei Anwendung der Kriterien des Kapitels III der Verordnung gültig gewesen wäre, da zum Zeitpunkt des Abschlusses beide Parteien in Deutschland ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten.

Das Gericht führt weiter aus, dass ein solcher gültiger Erbvertrag und damit der verbindliche Charakter seiner Bestimmungen keinen Verstoß gegen die Grundsätze des Rückwirkungsverbot und der Rechtssicherheit darstellt.

Wie zu Recht festgestellt wurde (Süß, ZErB 2019, S. 284 ff.), scheint die Gültigkeit des Erbvertrages von Anfang an durch die dem Testator nach italienischem Internationalen Privatrecht eingeräumte Möglichkeit, für seine Erbfolge das Recht seines Wohnsitzlandes, in diesem Fall das deutsche Recht, zu wählen, garantiert worden zu sein (siehe § 25 Abs. 1 EGBGB alte Fassung, § 46 Abs. 2 italienischen IPR-Gesetz Nr. 218/1995, § 26 Abs. 5 EGBGB).

Der Umfang der Wirksamkeitsgrenzen von Erbverträgen kann in einigen Fällen noch zu Unsicherheiten bei grenzüberschreitenden Nachfolgeregelungen führen, so dass die deutsche Lehre die Figur des wirksamen wirkungslosen Erbvertrages geprägt hat. - AC

Sugardaddyvertrag und Zeugnisananspruch

Ein Mann vereinbart mit einer Frau, dass diese ihn zweimal wöchentlich zu Hause zu einvernehmlichem Sex aufsuchen soll. Dazu soll sie ihn sporadisch zu Abendessen und zu 2-3 Kurzurlauben im Jahr begleiten. Um den ganzen eine rechtliche Relevanz zu geben, vereinbarten die beiden einen Arbeitsvertrag, nach dem die Frau als teilzeitbeschäftigte Arbeitskraft mit typischen hauswirtschaftlichen Tätigkeiten eingestellt wurde. Vereinbart wurde zudem eine monatliche Bruttovergütung und ein Urlaubsanspruch 25 Tagen jährlich.

Nachdem der Mann den Vertrag kündigte – die Erwartungen wurden nicht erfüllt – klagte die Frau ihren Sugardaddy auf Zahlung des Restlohnes in der Kündigungsfrist, Urlaubsabgeltung und auf ein qualifiziertes Arbeitszeugnis.

DANNO E DIRITTO

DIRITTO DEL LAVORO

Contratto di successione con parte italiana

La corte federale tedesca BGH ha confermato con ordinanza del 10.07.19, IV ZB 22/18 la validità di un contratto ereditario stipulato nel 1998 da un notaio tedesco tra una cittadina tedesca e il suo convivente italiano, anch'egli residente in Germania, con cui le parti si erano istituite vicendevolmente eredi unici, e avevano nominato i due figli comuni quali eredi finali del più longevo dei due contraenti. Nel contratto ereditario, inoltre, le parti avevano espresso la scelta per l'applicazione del diritto tedesco alle rispettive successioni.

Alla morte della signora nel 2017, è sorta una controversia circa l'efficacia di tale istituzione ereditaria reciproca, rispetto a un successivo testamento della signora del 2016, con cui aveva istituito erede unico un nipote. Tale successiva istituzione testamentaria, tuttavia, secondo il diritto tedesco sarebbe stata inefficace, in quanto in contrasto con l'istituzione reciproca vincolante contenuta nel contratto ereditario del 1998.

I giudici tedeschi, partendo dal presupposto che, prima dell'applicazione del Regolamento UE 650/2012 sulle successioni, in Germania fosse la cittadinanza il criterio di collegamento per determinare il diritto applicabile alle successioni, e in considerazione del divieto di patti successori previsto dal diritto italiano, ritengono il contratto ereditario del 1998 inizialmente invalido e si pongono il problema se la successiva entrata in vigore del regolamento UE 650/2012 possa attribuire validità a tale contratto, in applicazione della norma transitoria del suo art. 83 commi 2 e 3 e dei presupposti di validità della scelta di legge espressa prima dell'applicabilità del detto regolamento. Giunge così a confermarne la validità, in considerazione del fatto che applicando i criteri del capitolo III del regolamento, esso sarebbe valido in quanto al momento della stipula entrambe le parti erano residenti in Germania.

La corte si dilunga nell'argomentare come una tale validità sopravvenuta del contratto ereditario, e quindi la vincolatività delle sue disposizioni, non costituisca una violazione dei principi di non retroattività delle norme e della sicurezza giuridica.

Come giustamente osservato (Süß, ZErB 2019, pp. 284ss.) la validità del contratto ereditario parrebbe essere stata ab inizio garantita dalla facoltà allora concessa al testatore dal diritto internazionale privato italiano di scegliere per la propria successione il diritto del paese di sua residenza, dunque in questo caso il diritto tedesco (cfr. art. 25 comma 1 EGBGB vecchia versione, art. 46 comma 2 legge DIP n. 218/1995, art. 26 comma 5 EGBG).

Il campo dei limiti di efficacia dei contratti ereditari può essere in alcuni casi tuttora fonte di insicurezza nelle successioni transfrontaliere, tanto da veder coniato da parte della dottrina tedesca la figura del contratto ereditario efficace ma privo di effetto (wirksamer wirkungsloser Erbvertrag). - AC

Amministratore delegato: secondo il diritto europeo si tratta di un dipendente

Senza ombra di dubbio ai sensi del diritto del lavoro tedesco l'amministratore delegato di una GmbH non è un dipendente e non può quindi avvalersi delle tutele previste dal diritto del lavoro. Un quadro diverso emerge dall'esame del diritto europeo: la scorsa lettera ai clienti già riportava il caso dell'amministratore delegato lettone incinta, cui era stato consentito di avvalersi delle norme in materia di tutela della maternità ai sensi del diritto del lavoro (CGCE C-232/09, Danosa). Il BGH ha ora applicato questa giurisprudenza anche alla direttiva antidiscriminazione (78/2000) con il risultato che in Germania un amministratore delegato può fare affidamento anche sulle disposizioni della legge generale sulla parità di trattamento (AGG) (BGH v. 26.03.2019, II ZR 244/17). Nel caso in esame l'amministratore delegato era stato penalizzato rispetto ai dipendenti in tema di pensione aziendale.

Notifica di sospetto reato e ricerca del computer del dipendente

Un dipendente era sospettato di aver trasmesso dati aziendali a terzi senza autorizzazione. Durante la ricerca nel suo computer, il datore di lavoro si era imbattuto in un file che non era contrassegnato come „privato“, che dimostrava che il dipendente aveva usato la sua carta carburante anche per rifornire i veicoli di altre persone. Mentre il Tribunale del lavoro aveva accolto il reclamo del lavoratore perché la scoperta era avvenuta per caso e il datore di lavoro non aveva motivo di cercare nel computer a tal fine, il Tribunale federale del lavoro ha deciso che c'era stata un licenziamento motivato dal sospetto (BAG del 31.1.2019, 2 AZR 426/18). Un file non contrassegnato come „privato“ può anche essere visualizzato dal datore di lavoro senza un concreto sospetto iniziale. Di conseguenza non si vi era alcun divieto di utilizzo.

Traduttore freelance o dipendente?

In Germania, come in Italia, molti rapporti di lavoro si trovano in un'area grigia, tra lavoro autonomo e lavoro dipendente. Il cosiddetto lavoratore autonomo fitti-

zio è un rischio non trascurabile per il datore di lavoro, in quanto quest'ultimo è responsabile retroattivamente per quattro anni per i contributi previdenziali non versati. Ci sono anche dei rischi per il lavoratore, in quanto questi è soggetto, insieme al datore di lavoro, all'imposta sul reddito non trattenuta e alla sua quota di contributi previdenziali.

Un traduttore si recava ogni giorno in un'agenzia di traduzioni. Aveva il suo ufficio e il computer a sua disposizione. Gli era stato assegnato un „supervisore“ che gli assegnava regolarmente delle traduzioni da eseguire. Il traduttore si è rivolto al Tribunale del lavoro e ha chiesto di essere inquadrato come lavoratore dipendente.

Il traduttore ha perso la causa e il Tribunale del lavoro ha invocato un argomento decisivo: il traduttore sarebbe stato libero di respingere le richieste di lavoro. Non era obbligato ad eseguire tutte le traduzioni che gli venivano sottoposte dal „supervisore“. In questo caso, il diritto del datore di lavoro di impartire istruzioni è diventato il criterio decisivo (BAG, sentenza del 21 maggio 2019, 9 AZR 295/18).

A questo proposito si menziona un'altra decisione del BAG a favore del datore di lavoro: BAG del 26 giugno 2019 (5 AZR 178/18). Nel caso in cui un rapporto di lavoro autonomo venga a posteriori giudicato come lavoro dipendente, il datore di lavoro può chiedere il rimborso degli onorari pagati in eccesso se la retribuzione dovuta in base al rapporto di lavoro dipendente sarebbe stata inferiore a quella concordata per il rapporto di lavoro autonomo.

Dipendente della Germania dell'Est mobbizzato - nessun risarcimento

Se un dipendente nato nella Germania dell'Est viene molestato dai suoi colleghi a causa delle sue origini, questo non costituisce una discriminazione ai sensi della legge generale sulla parità di trattamento (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz - AGG). Secondo il Tribunale del lavoro di Berlino, le persone di origine tedesca dell'Est non appartengono ad un gruppo etnico né hanno un'ideologia unitaria (Urt. v. 15.08.2019, Az. 44 Ca 8580/18, Fonte: LTO, ww.lto.de, 2.10.2019).

Contratto Sugardaddy e diritto alla lettera di referenze

Un uomo si accorda con una donna perché gli faccia visita due volte alla settimana a casa per fare sesso consensuale. Inoltre deve accompagnarlo sporadicamente a cena e in 2-3 brevi vacanze all'anno. Per dare una veste giuridica all'intera vicenda, i due hanno stipulato un contratto di lavoro in base al quale la donna è stata assunta come lavoratrice a tempo parziale con tipiche mansioni domestiche. Hanno anche concordato un salario mensile lordo e un diritto alle ferie di 25 giorni all'anno.

Dopo che l'uomo ha risolto il contratto - le aspettative non sono state soddisfatte - la donna ha citato in giudizio il suo Sugardaddy per il pagamento del salario rimanente nel periodo di preavviso, l'indennità di ferie e una lettera di referenza professionale qualificata.

Secondo il parere del Tribunale del lavoro di Hamm (sentenza del 06.06.2019, Az. 17 Sa 46/19) il contratto di lavoro firmato è un contratto simulato, ma il contratto vero e proprio - sesso contro denaro - non è immorale e quindi non è nullo. Il tribunale ha condannato l'uomo al pagamento e al rilascio di una lettera di referenze con descrizione delle prestazioni e valutazione delle stesse.

Per alcuni degli articoli della nostra lettera ai clienti è davvero difficile trovare una conclusione. Vorremmo informare tutti i lettori, uomini, donne e diversi, circa i requisiti molto dettagliati richiesti per la descrizione delle prestazioni di una lettera di referenze tedesca. Ma questo andrebbe oltre l'ambito previsto.

IMMOBILIENSEITE

Deutschland

Reform der Grundsteuer

Das Bundesverfassungsgericht hat im April 2019 festgestellt, dass das jetzige Verfahren der Grundsteuererhebung in Westdeutschland verfassungswidrig ist, weil es gegen das Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes (Art. 3 Abs. 1) verstößt. Das liegt vor allem daran, dass die Erhebung der Grundsteuer auf völlig veralteten Daten basiert.

Bislang berechnen die Finanzbehörden die Grundsteuer für Häuser und unbebaute Grundstücke anhand von Einheitswerten, die in den alten Bundesländern aus dem Jahr 1964 und in den neuen Bundesländern aus dem Jahr 1935 stammen. Diese Praxis hat das Bundesverfassungsgericht im April 2018 für verfassungswidrig erklärt und eine gesetzliche Neuregelung bis Ende 2019 gefordert. Hauptkritikpunkt war, dass die zugrunde gelegten Werte die tatsächliche Wertentwicklung nicht mehr in ausreichendem Maße widerspiegeln würden.

Mit dieser Feststellung ging der Auftrag an die Bundesregierung einher, die Grundsteuer bis zum 31. Dezember 2019 zu reformieren. Die Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben pünktlich gemacht: Am 8. November wurde die Grundsteuerreform im Bundesrat verabschiedet, damit ist sie nun beschlossene Sache. Eingeführt wird das neue Modell aber erst ab 2025. So lange findet noch das alte Modell Anwendung.

Haftung für rückständige öffentliche Lasten

Das Kaufgrundstück haftet kraft Gesetzes für Rückstände an öffentlichen Lasten und Abgaben. Hat der Verkäufer beispielsweise im letzten Jahr die anfallende Grundsteuer oder die Kanalbeiträge nicht bezahlt, so kann die öffentliche Hand sich auch an den neuen Grundstückseigentümer halten. Der Käufer muss nach Eigentumsumschreibung zur Abwendung etwaiger Vollstreckungsmaßnahmen in das Grundstück den Rückstand begleichen.

Etwa bestehende Rückstände muss der Verkäufer offenlegen und sich mit dem Käufer darüber einigen, wer sie übernimmt. Anderenfalls macht er sich dem Käufer gegenüber ersatzpflichtig.

Bestehen Zweifel, ob Rückstände bestehen, sollte der vorsichtige Käufer sich vor Vertragsschluss direkt bei der Gemeinde erkundigen. Dies gilt insbesondere, wenn - z.B. bei einem „Notverkauf“ - besondere Anhaltspunkte für mögliche Rückstände bestehen oder ein Rückgriffsanspruch gegen den Verkäufer angesichts dessen schlechter finanzieller Verhältnisse gefährdet erscheint.

Beim Kauf eines Grundstücks bzw. einer Wohnung kann es deshalb sinnvoll erscheinen, sich der Zahlung der bisher entstandenen und fälligen Grundsteuer (und anderer Grundabgaben) bei der Gemeinde zu versichern. Auf Antrag des derzeit Steuerpflichtigen und gegen Zahlung einer geringen Gebühr stellt die Gemeinde eine Unbedenklichkeitsbescheinigung über entstandene und bezahlte Grundsteuer und anderen Grundabgaben

Italien

Verpflichtung des Immobilienmaklers zur Information über nachteilige Eintragungen und Umschreibungen auf der Immobilie

Unterlässt es der Makler, den Käufer über das Bestehen einer Hypothek auf das zu erwerbende Objekt zu informieren, so schließt dies das Recht des Maklers auf Provision aus. So hat der italienische Kassationshof (Nr. 27482/2019 vom 28. Okt.) entschieden.

Die Streitfrage ergab sich aus dem Widerspruch der kaufversprechenden Partei einer Immobilie gegen den von einer Immobilienagentur für die Vermittlungsprovision beim Kauf einer Wohnung erlangten Mahnbescheid.

Der versprechende Käufer hatte sich nach der Unterzeichnung des Angebots geweigert, den Vorvertrag zu unterzeichnen, nachdem er von der Existenz einer Hypothek auf der vertragsgegenständlichen Immobilie erfahren hatte.

Das Gericht, das über die vom versprechenden Käufer eingereichte Revision zu urteilen hatte, gab sie mit der Verweisung an eine andere Kammer des Berufungsgerichts statt unter Angabe des folgenden Rechtsgrundsatzes „der Makler - sowohl in der typischen Rechtssache, in der er selbstständig handelt, als auch in der Rechtssache, in der er für eine der Parteien handelt (sog. atypische Mediation) - hat gemäß Art. 1759 ff, Absatz 1, die Verpflichtung, sich redlich und mit Treu und Glauben zu verhalten, mit der sich daraus ergebenden Verpflichtung, den Parteien die Umstände der Transaktion nach eigenem Wissen mitzuteilen, oder die er mit der Anwendung der gebotenen Sorgfaltspflicht hätte kennen müssen, und die im Falle der Immobilienvermittlung notwendigerweise Informationen über das Vorhandensein von negativen Eintragungen oder Umschreibungen auf die vertragsgegenständliche Immobilie (z.B. die vorherige Eintragung einer Hypothek), beinhalten muss.“

Verkäuflichkeit der ungenehmigten Immobilie: Klärung durch das Kassationsgericht

Mit Beschluss vom 05.09.2018, Nr. 22168, kehrt der Kassationshof zur Entscheidung über die Verkehrsfähigkeit der ohne Baugenehmigung errichteten Immobilien zurück, bekräftigt die kürzlich von den Vereinigten Kammern zum Ausdruck gebrachten Grundsätze und gibt interessante Erläuterungen zu diesem Thema.

Das Gericht antwortet mit Beschluss n. 22168/2019 auf positiver Weise auf die Frage, ob es möglich ist, eine nicht genehmigte Immobilie zu verkaufen, wenn es eine Erklärung mit den Einzelheiten der nachträglichen Genehmigung (permesso in sanatoria) gibt; die Kosten werden vom neuen Eigentümer getragen.

Der vorliegende Fall betrifft den Kauf eines Gebäudes, an dem nach der Erteilung der Baugenehmigung im Jahr 1974 Änderungen vorgenommen wurden, durch die es sich vom ursprünglichen genehmigten Projekt abwich.

Der Käufer hatte jedoch beantragt, dass der Vertrag auch angesichts der festgestellten Unstimmigkeiten geschlossen wird, mit der Aufforderung an den Verkäufer, die zur Erlangung der nachträglichen Baugenehmigung erforderlichen Kosten zu tragen. Der technische Bericht hatte festgestellt, dass die Unstimmig-

keiten behoben werden konnten, da es sich um Umbaumaßnahmen innerhalb des Gebäudes handelte.

Im Falle einer erheblichen Diskrepanz zwischen der in der Urkunde genannten Genehmigungsurkunde und dem Bau wird der Käufer nicht der Nichtigkeitklage ausgesetzt, was zum Verlust des Eigentums an der Immobilie und der Last der Rückforderung des gezahlten Betrages führt. Wenn hierfür die Voraussetzungen erfüllt sind, können aber Strafen ausgesprochen werden, die für den Schutz des Allgemeininteresses im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Stadtplanungswesens vorgesehen sind.

Schließlich, so der Gerichtshof, kauft jeder, der ein nicht genehmigtes Haus kauft, auch den Gebäudemissbrauch; der neue Käufer wird also auch der neue Verantwortliche sein und die Unregelmäßigen nachträglich heilen müssen. Die Kosten für die Gebäudeamnestie gehen vollständig zu seinen Lasten.

Aus der Entscheidung des Kassationshofs sind folgende Grundsätze zu entnehmen:

- Es ist möglich, die Erfüllung in der Verpflichtung zum Abschluss des Vertrages gemäß Art. 2932 BGB zu erwirken, auch wenn die Immobilie vom genehmigten Bauvorhaben abweicht, ohne dass der vorgenannte Mangel eine Ursache für dessen Unverkäuflichkeit darstellt;

- die in den einschlägigen, nicht im Vorvertrag enthaltenen Vorschriften vorgesehenen Erklärungen können auch im Laufe des Verfahrens durch den versprechenden Käufer und bis zum Zeitpunkt der Entscheidung abgegeben werden.

Aufteilung der Immobilie entspricht einem Verkauf

Mit recht innovativen Urteil vom 7.10.2019, Nr. 25021/2019 legt der Kassationshof, in vereinigten Kammern, bestimmte Grundsätze fest, die sich auf die Erbteilung, die Aufteilung von Immobilien ohne Baugenehmigung und die Frage nach der Rechtsnatur der Aufteilung beziehen.

Die Vereinigten Zivilkammern des Obersten Gerichtshofs haben mit dem oben genannten Urteil grundsätzlich entschieden dass:

a) die Teilung einer Erbengemeinschaft eine Handlung zwischen lebenden Personen und nicht des Todes wegen ist und daher für sie dieselben Regeln gelten wie für Handlungen zwischen lebenden Personen, die Immobilien übertragen (die Entscheidungen des Obersten Kassationshofs 15133/2001, 630/2003, 2313/2010 werden damit aufgehoben);

b) die Regeln über die Ordnungsmäßigkeit der Errichtung der unter dem Vertrag fallenden Gebäude, unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Errichtung, gelten immer für die Aufteilung der Immobilien (sowohl in der einfachen Gemeinschaft als auch in der Erbengemeinschaft - damit wird die Entscheidung des Kassationshofs 14764/2005 aufgehoben);

Abgesehen von der durch das vorstehend erwähnte jüngste Urteil erbrachte Neuerung über die Grundsätze des materiellen Rechts, hat das Gericht jedoch keine Auswirkungen auf die Steuerregelung der Teilung. Es ist daher weiterhin den Satz von 1% auf Teilungen anzuwenden, die keinen Ausgleich bewirken, d.h. auf solche, die dem Teilenden kein Vermögen zuteilen, dessen Wert höher ist als der Wert seines Gemeinschaftsanteils.

PAGINA IMMOBILIARE

Germania

Riforma dell'imposta comunale sugli immobili

Nell'aprile 2018 la Corte costituzionale federale aveva stabilito che l'attuale metodo di riscossione dell'imposta comunale sugli immobili in Germania è incostituzionale perché viola il principio di uguaglianza della Legge Fondamentale (articolo 3, paragrafo 1). Il problema maggiore è che la riscossione dell'imposta sugli immobili si basa su dati completamente obsoleti.

Finora le autorità fiscali hanno calcolato l'imposta fondiaria per le abitazioni e i terreni non edificati sulla base dei valori unitari del 1964 nei vecchi Länder e del 1935 nei nuovi Länder. Nell'aprile 2018 la Corte costituzionale federale ha dichiarato incostituzionale questa prassi e ha chiesto una nuova regolamentazione giuridica entro la fine del 2019. La critica principale era che i valori di base non rispecchiano più in misura sufficiente i valori reali.

Questa constatazione è stata accompagnata da un mandato al governo federale di riformare tale imposta entro il 31 dicembre 2019. Il governo federale ha fatto il suo dovere in tempo: l'8 novembre la riforma dell'imposta comunale sugli immobili è stata approvata dal Bundesrat, quindi ora è una questione decisa. Tuttavia, il nuovo modello non entrerà in vigore fino al 2025. Con la conseguenza che sino a tale data il vecchio modello sarà ancora in uso.

Responsabilità per oneri pubblici arretrati

L'immobile acquistato risponde per legge per arretrati di oneri e imposte pubbliche. Se, ad esempio, nell'ultimo anno il venditore non ha pagato l'imposta comunale sugli immobili o i contributi per la canalizzazione, il servizio pubblico può rivalersi sul nuovo proprietario dell'immobile. Dopo il trasferimento della proprietà, l'acquirente sarebbe obbligato a pagare gli arretrati al fine di evitare eventuali misure esecutive sulla proprietà.

Il venditore deve naturalmente dichiarare l'esistenza di eventuali arretrati esistenti e concordare con l'acquirente chi se ne assumerà il pagamento. In caso contrario, sarà tenuto naturalmente a risarcire l'acquirente.

In caso di dubbi sull'esistenza di arretrati, un acquirente prudente dovrebbe informarsi direttamente presso il Comune prima di concludere il contratto. Ciò vale in particolare se - ad esempio nel caso di una „vendita d'emergenza“ - vi sono particolari indizi di possibili arretrati o se un diritto di regresso nei confronti del venditore appare pregiudicato a causa della sua difficile situazione finanziaria.

Per l'acquisto di un immobile o di un appartamento può quindi avere senso informarsi presso il Comune in merito al pagamento dell'imposta fondiaria „Grundsteuer“ (e di altre imposte fondiarie) maturata e finora dovuta dell'attuale contribuente.

Su richiesta dell'attuale contribuente e dietro pagamento di una piccola commissione, il comune rilascia un certificato di esenzione o nulla osta dall'imposta sugli immobili, maturata e versata, e altre imposte fondiarie.

Italia

Obbligo del mediatore di informare su iscrizioni e trascrizioni pregiudizievoli sull'immobile

La mancata comunicazione da parte dell'agente immobiliare al promissario acquirente dell'esistenza di una ipoteca sull'immobile oggetto di compravendita esclude il diritto dell'agente al riconoscimento della provvigione. Così si è espressa la Corte di Cassazione con l'ordinanza n. 27482/2019, pubblicata il 28 ottobre scorso.

La questione è sorta dall'opposizione promossa dalla promissaria acquirente di un immobile avverso il decreto ingiuntivo ottenuto da un'agenzia immobiliare a titolo di provvigione per l'opera di mediazione da questa prestata per l'acquisto di un appartamento.

La promissaria acquirente dopo la sottoscrizione della proposta si era rifiutata di sottoscrivere il preliminare essendo venuto a conoscenza dell'esistenza di un'ipoteca iscritta sull'immobile oggetto della promessa compravendita.

La Corte di Cassazione, chiamata a pronunciarsi sul ricorso promosso dalla promissaria acquirente, lo ha accolto con rinvio ad altra sezione della Corte di Appello in diversa composizione, affermando il seguente principio di diritto „il mediatore - tanto nell'ipotesi tipica in cui abbia agito in modo autonomo, quanto nell'ipotesi in cui si sia attivato su incarico di una delle parti (c. d. mediazione atipica) - ha, ai sensi dell'art. 1759 c.c., comma 1, l'obbligo di comportarsi secondo correttezza e buona fede, con la conseguente configurazione dell'obbligo specifico a suo carico di riferire alle parti le circostanze dell'affare a sua conoscenza, ovvero che avrebbe dovuto conoscere con l'uso della diligenza da lui ordinariamente esigibile e, in queste ultime, si includono necessariamente, nel caso di mediazione immobiliare, le informazioni sull'esistenza di iscrizioni o trascrizioni pregiudizievoli sull'immobile oggetto della trattativa (come quella relativa all'iscrizione precedente di ipoteca).

Commerciabilità dell'immobile abusivo: chiarimenti della Cassazione

La Corte di Cassazione, con l'ordinanza del 05/09/2019, n. 22168, torna a pronunciarsi sulla commerciabilità dell'immobile abusivo, ribadendo i principi recentemente espressi dalle Sezioni Unite e fornendo interessanti precisazioni sul tema.

Alla domanda se è possibile procedere alla compravendita di un immobile abusivo la Corte di Cassazione con l'ordinanza n. 22168/2019 risponde positivamente se c'è la dichiarazione con gli estremi del permesso in sanatoria; le spese saranno a carico del nuovo proprietario

Il caso in esame riguarda l'acquisto di un immobile sul quale erano state realizzate modifiche successive alla data di rilascio della licenza, nel 1974, che lo rendevano difforme dal progetto originario assentito dal titolo.

L'acquirente aveva comunque chiesto di concludere il contratto pur a fronte delle difformità rilevate e che

il venditore fosse condannato al pagamento delle spese necessarie al conseguimento della sanatoria edilizia, in quanto la perizia tecnica aveva constatato la sanabilità delle difformità, trattandosi di modifiche interne all'immobile.

In ipotesi di difformità sostanziale tra titolo abilitativo enunciato nell'atto e costruzione, l'acquirente non sarà esposto all'azione di nullità, con conseguente perdita di proprietà dell'immobile ed onere di provvedere al recupero di quanto pagato, ma, ricorrendone i presupposti, potrà soggiacere alle sanzioni previste a tutela dell'interesse generale connesso alle prescrizioni della disciplina urbanistica.

Infine, secondo la Cassazione, chi compra una casa abusiva, compra anche gli abusi edilizi; il nuovo acquirente sarà, quindi, anche il nuovo responsabile degli stessi e, di conseguenza, dovrà sanarli. Le spese per la sanatoria edilizia, insomma, saranno interamente a suo carico.

Dalla decisione della Corte si possono pertanto desumere i seguenti principi:

- è possibile ottenere l'esecuzione in forma specifica dell'obbligo di concludere il contratto ex art. 2932, Cod. civ. anche se l'immobile sia difforme dal progetto assentito, non costituendo la predetta difformità una causa di incommerciabilità dello stesso;

- le dichiarazioni previste dalle norme in materia non presentate nell'ambito del contratto preliminare possono provenire anche in corso di causa da parte del promissario acquirente e fino al momento della decisione.

La divisione di immobili equivale ad una vendita

Con una sentenza alquanto innovativa, n. 25021/2019, depositata il 7/10/2019, la Corte di Cassazione a Sezioni Unite precisa alcuni principi relativi alla divisione ereditaria, alla divisione di bene immobile privo di regolarità edilizia, nonché al quesito relativo alla natura giuridica della divisione.

Le Sezioni Unite civili della Suprema corte, con la sentenza suddetta, hanno infatti sostanzialmente deciso che:

a) la divisione di una comunione ereditaria è un atto tra vivi e non a causa di morte e, pertanto, a esso si applica la medesima normativa dettata per gli atti tra vivi traslativi di beni immobili (sono così superate le decisioni della Cassazione 15133/2001, 630/2003, 2313/2010);

b) alle divisioni di immobili (sia nella comunione ordinaria che nella comunione ereditaria) si applicano sempre le norme sulla regolarità edilizia dei fabbricati oggetto del contratto, a prescindere dalla data della loro costruzione (viene così superata la decisione di Cassazione 14764/2005);

Tuttavia, a prescindere dalla rivoluzione apportata dalla recente pronuncia di cui sopra ai principi di diritto sostanziale, la Corte di Cassazione non colpisce il regime fiscale della divisione. Continuerà pertanto ad applicarsi l'aliquota dell'1% alle divisioni non generanti conguagli, a quelle che - cioè - non assegnano al dividendo beni il cui valore risulta superiore al valore della sua quota di comunione.

GESELLSCHAFTSRECHT

Neuer Corporate Governance Kodex

In Deutschland hat die Regierungskommission den neuen Corporate Governance Kodex veröffentlicht, der die Richtlinien für die Führung von Unternehmen in Deutschland enthält.

Einen Schwerpunkt der Novelle bildet die Einführung eines neuen Vergütungssystem für Vorstände. Es soll eine Höchstvergütung eingeführt werden, die die Gesamtvergütung beschränkt (cap). Die Leistungskriterien für den Bonus sollen sich vorwiegend an strategische Zielsetzungen orientieren. Der Aufsichtsrat soll die Möglichkeit haben, bei außergewöhnlichen Entwicklungen auf die Vergütung des Vorstands Einfluss nehmen zu können. Es wird sogar angeregt, einen unabhängigen Vergütungsberater bei der Feststellung der Vorstandsbezüge hinzuzuziehen.

Interessant sind aber auch die Änderungen bei dem Aufsichtsrat. Nach dem deutschen Rechtsverständnis, das italienischen Unternehmen oft nicht vertraut ist, sollen die Vertreter des Aufsichtsrats grundsätzlich unabhängig sein und nicht vorwiegend die Interessen der Gesellschafter vertreten, die sie in den Aufsichtsrat entsandt haben. Der Kodex empfiehlt, dass mehr als die Hälfte der Vertreter der Gesellschafter (die übrigen Vertreter werden von den Arbeitnehmern des Unternehmens gewählt) auch unabhängig von der Gesellschaft und vom Vorstand sein sollen. Für die Darlegung der Unabhängigkeit sind bestimmte Kriterien entwickelt worden. Eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger erfolgte aber zur Zeit des Redaktionsschluss des Mandantenbriefes (erste Dezemberwoche 2019) noch nicht.

Arbeitnehmer als Aufsichtsratsvorsitzender

Der Aufsichtsrat einer GmbH folgte nicht den Empfehlungen des Gesellschafters und wählte nicht einen Entsandten des Gesellschafters zum Vorsitzenden. Dafür wurde ein Arbeitnehmervertreter als erster Mann der Gesellschaft gewählt. Der Gesellschafter hielt dies für unzulässig und klagte gegen die Wahl. Das OLG Köln (09.05.2019, 18 Wx 4/19) wies die Klage ab, weder aus dem Gesetz noch aus der Satzung der Gesellschaft ergäbe sich, dass grundsätzlich ein Vertreter des Kapitals Vorsitzender des Aufsichtsrats sein müsse. Die italienischen Leser werden auch von dieser Entscheidung überrascht sein.

D&O deckt keine Ansprüche aus Insolvenzsverschleppung

Die vielleicht größte Haftungsfalle für den Geschäftsführer einer GmbH oder für den Vorstand einer AG ist die Haftung aus Insolvenzsverschleppung. Meldet der Geschäftsführer oder der Vorstand nicht selbst die Insolvenz bei Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung des Unternehmens bei Gericht an, haftet er persönlich für alle Zahlungen, die die Gesellschaft von da an vornimmt (§ 64 GmbHG). Das OLG Düsseldorf hat mit Urteil vom 20. Juli 2018 (I-4 U 93/16) daher eine für Geschäftsführer sehr unfreundliche Entscheidung getroffen, indem es entschieden hat, dass die D&O-Versicherung den Anspruch aus § 64 GmbHG nicht abdecke.

WETTBEWERBSRECHT & GEISTIGES EIGENTUM

Italian Sounding auf der Anuga

Dolce Lauda kämpft seit vielen Jahren in Deutschland gegen das sogenannte „Italian Sounding“; damit ist gemeint, dass deutsche Hersteller ihre Produkte so bewerben, dass sie den Eindruck vermitteln, sie stammten aus Italien. Im Lebensmittelhandel ist diese Form besonders verbreitet, wo jede große Kette, ob Aldi, Lidl, Rewe oder Edeka ganze Produktlinien mit italienisch klingenden Namen wie „Italianno“ oder „Cuncina“ auf den Markt bringen. Nur in wenigen Fällen handelt es sich dann um echte italienische Ware.

Während die großen deutschen Ketten jedenfalls bemüht sind, die Grenzen des rechtlich Zulässigen nicht allzu deutlich zu überschreiten, kann man alle zwei Jahre auf der ANUGA, der größten Lebensmittelmesse der Welt in Köln, Produkte aus vielen Ländern feststellen, die ganz bewusst den Verbraucher mit italienischen Fahnen oder Namen täuschen. Unsere Kanzlei ist auch dieses Jahr im Namen des Verbandes „Italian Sounding“ eV. erfolgreich gegen drei türkische und einen ägyptischen Hersteller vorgegangen, die Teig- und Backwaren in italienisch anmutenden Verpackungen auf der Messe vertrieben.

Made in Germany für Niederländische Pilze

Ein Unternehmer züchtet Pilze in den Niederlanden in sogenannten Kulturkisten. Die Pilze wachsen und gedeihen in reiner holländischer Luft. Zur Ernte, d.h. zur Entnahme aus der Kiste, werden die Pilze nach Deutschland verbracht. Sie erhalten den Stempel „Made in Germany“. Die Verbraucherzentrale klagt gegen den Hersteller auf Unterlassung wegen Irreführung des Verbrauchers. Der EuGH (Urt. v. 04.09.2019, Az. C-686/17) kann den Verbrauchern nicht helfen. Aufgrund der eindeutigen und hier einschlägigen zollrechtlichen Gesetzgebung kommt es allein auf die Ernte an. Was für Kürbisse durchaus nachvollziehbar sein könnte, führt bei Pilzen zu unbefriedigenden Ergebnissen.

Teff in den Niederlanden und ein sehr lobenswerter Kollege

Ein niederländischer Konzern hat sich Mehl aus Teff, das in Afrika seit jeher genutzt wird, in Europa als Patent (EP 1 646 287) schützen lassen. Teff ist eine Gräserart, die in Europa so weitgehend unbekannt ist und vor allem in Äthiopien und Eritrea seit mehr als 5.000 Jahren angebaut wird. Das Mehl gilt dort als Grundnahrungsmittel.

Der Konzern hat damit geistiges Eigentum den dortigen Bauern gestohlen. Ein deutscher Rechtsanwalt, der im Patentrecht spezialisiert ist, war zurecht entsetzt und hat im eigenen Namen und auf eigenes Risiko eine Nichtigkeitsklage eingereicht und damit schlussendlich das Patent in Deutschland beseitigt. Eine richtige und gleichwohl mutige - und in jedem Fall lobenswerte Tat. Hier ist also unser Kompliment an Dr. Anton Horn der Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek, Standort Düsseldorf.

Rechte an der Farbmarke

Die Farbmarke ist einer der vielen Markenformen die zur Unterscheidung eines Produkts, eines Unternehmens oder einer Dienstleistung verwendet werden können und die bei den zuständigen nationalen Mar-

kenämtern, in Italien dem UIBM, in Deutschland dem DPMA und für Unionsmarken dem EUIPO angemeldet werden können.

Wenn von einer Farbmarke die Rede ist, sind nicht farbige Elemente gemeint wie beispielsweise ein gelber oder roter Schriftzug, sondern ausschließlich die Farbe oder einer Kombination von Farben, die die Voraussetzung der Unterscheidungskraft besitzt.

Beispiele dafür sind die rote Sohle von Louboutin oder die Kombination Silber-Blau von Red Bull.

Seit Jahren wird in Deutschland die Farbe Magenta mit Waren und Dienstleistungen der Deutschen Telekom verbunden. Diese Unterscheidungskraft hat es der Deutschen Telekom über Jahre ermöglicht, Ausschließlichkeitsrechte und einstweilige Verfügungen zum Schutz ihrer Farbmarke zu erlangen.

In den vergangenen Monaten ist es der Deutschen Telekom im Übereifer sogar gelungen, eine einstweilige Verfügung gegen die New Yorker Gesellschaft Lemonade zu erwirken, eine im Versicherungswesen tätige Gesellschaft, die mit der Farbe Rosa seit ihrer Gründung im Jahr 2015 wirbt. Zum Eintritt auf den deutschen Markt Mitte 2019 sah sie sich mit einer einstweiligen Verfügung konfrontiert, mit der ihr aufzuerlegt wurde, die Farbe Rosa nicht zu benutzen.

Lemonade hat sich vorläufig an die einstweilige Unterlassungsverfügung des Gerichts gehalten, hat jedoch keinen Vertrag mit der Deutschen Telekom abschließen wollen, sondern hat entschieden, Antrag auf Nichtigkeit der Marke „Magenta“ beim Amt der Europäischen Union für Geistiges Eigentum zu stellen.

Wir sind gespannt, ob es der Deutschen Telekom auch dieses Mal gelingt, ihr Monopol auf diese Farbmarke zu erhalten.

Neue Urheberrechtsrichtlinie verabschiedet

Dieses Jahr ist die RL Nr. 2019/760 verabschiedet worden mit wichtigen Neuerungen im Urheberrecht. Die Mitgliedsstaaten sind nun zur Umsetzung ins nationale Recht innerhalb von zwei Jahren seit Verabschiedung verpflichtet.

Die Reform zielt auf einen verbesserten Schutz der Inhabern von Urheberrechten oder damit verbundenen Rechten an Texten, Musik und Fotos. Nach Umsetzung der Richtlinie soll urheberrechtlich geschütztes Material ohne die vorherige Zustimmung nicht mehr leicht im Internet zugänglich sein, mit einem entsprechenden wirtschaftlichen Vorteil für die Rechteinhaber.

Einer der wichtigsten von der Reform berührten Punkte betrifft die sog. Snippets, d.h. Textanrisse, die von den Internetgiganten wie Google und anderen Internetplattformen für die Indizierung von Webdokumenten verwendet werden, indem sie Schlüsselwörter bilden, die der Erreichbarkeit in den Suchmaschinen dienen und die dazu dienen, die Inhalte vorwegzunehmen und so den Nutzer dazu bewegen, auf den entsprechenden Link zu klicken. Art. 15 der Urheberrechtsrichtlinie legt den Internetprovidern die Pflicht auf, Verlegern und Journalisten eine angemessene Vergütung für die in den Snippets verwendeten Inhalte zu zahlen. Er verpflichtet Newsaggregatoren (wie Google News) zum Abschluss von Lizenzverträgen mit den Verlegern um einen Teil der Einnahmen der von letzteren für die Nutzung in Publikationen journalistischer Art auch den Autoren zukommen zu lassen.

CONCORRENZA & PROPRIETÀ INTELLETTUALE

Italian Sounding alla Anuga

Dolce Lauda lotta da molti anni contro il cosiddetto „Italian Sounding“ in Germania; questo fenomeno significa che i produttori tedeschi pubblicizzano i loro prodotti in modo tale da dare l'impressione che essi provengano dall'Italia. È una forma particolarmente diffusa nella distribuzione alimentare, dove ogni grande catena, che sia Aldi, Lidl, Rewe o Edeka, porta sul mercato intere linee di prodotti con nomi italianizzanti come „Italiamo“ o „Cuncina“. Solo in pochi casi si tratta di veri prodotti italiani.

Mentre le grandi catene tedesche cercano di non superare troppo i limiti di quanto legalmente consentito, ogni due anni all'ANUGA, la più grande fiera alimentare del mondo a Colonia, si possono vedere prodotti di molti paesi che ingannano deliberatamente il consumatore con bandiere o nomi italiani. Anche quest'anno, il nostro studio legale ha agito con successo per conto dell'associazione „Italian Sounding“ eV. contro tre produttori turchi e uno egiziano che in fiera commercializzavano pasta e prodotti da forno in confezioni dall'aspetto italiano.

Made in Germany per i funghi olandesi

Un imprenditore coltiva funghi nei Paesi Bassi in cosiddette scatole culturali. I funghi crescono e prosperano nell'aria pura dell'Olanda. I funghi vengono portati in Germania per essere raccolti, cioè estratti dalla scatola. Ricevono il timbro „Made in Germany“. Il centro consumatori intenta un'azione legale contro il produttore per fuorviamento omissivo del consumatore. La Corte di Giustizia (sentenza del 04.09.2019, n. C-686/17) non è d'aiuto ai consumatori. A causa della chiara legislazione doganale, qui applicabile, il solo raccolto risulta qui decisivo. Ciò che potrebbe essere comprensibile per le zucche, risulta diversamente insoddisfacente per i funghi.

Teff nei Paesi Bassi e un collega molto lodevole

Un gruppo di imprese olandesi ha ottenuto la protezione brevettuale (EP 1 646 287) in Europa per la farina di Teff, da sempre utilizzata in Africa. Il Teff è un tipo di erba in gran parte sconosciuta in Europa e coltivata in Etiopia ed Eritrea da oltre 5.000 anni. La farina lì è considerata un alimento base.

Il Gruppo ha quindi sottratto la proprietà intellettuale degli agricoltori. Un avvocato tedesco specializzato in diritto dei brevetti era giustamente inorridito e ha presentato una azione di nullità a proprio nome e a proprio rischio, eliminando alla fine il brevetto in Germania. Un atto corretto e comunque coraggioso - e in ogni caso lodevole.

Congratulazioni quindi da parte nostra al Dr. Anton Horn dello studio legale Heuking Kühn Lüer Wojtek di Düsseldorf.

Diritti dai marchi di colore

Il marchio di colore è uno dei tanti tipi di marchio che può essere usato per contraddistinguere un prodotto, un'impresa o un servizio e che può essere registrato presso i competenti uffici nazionali, per l'Italia UIBM, per la Germania DPMA e per i marchi comunitari EUIPO.

Quando parliamo di marchio di colore però non parliamo di elementi colorati come può ad esempio essere una scritta gialla o rossa, ma parliamo unicamente

del colore o di una combinazione di colori che possiede il requisito della capacità distintiva, cioè di quel colore che dall'utente viene percepito all'istante come il colore che corrisponde a una determinata marca prima ancora di averne letto il nome. Ne sono esempio la suola rossa di Louboutin oppure dell'accostamento argento-blu della Red-Bull.

Da anni in Germania il colore magenta viene associato e identificato con beni e servizi erogati dalla Deutsche Telekom. Questa capacità distintiva ha permesso per anni alla Deutsche Telekom di ottenere diritti di esclusiva e provvedimenti d'urgenza a tutela del suo marchio di colore.

Negli ultimi mesi Deutsche Telekom è riuscita ad ottenere un provvedimento d'urgenza anche contro la società newyorkese Lemonade per l'utilizzo del colore rosa.

Lemonade è una società affermata nel campo assicurativo che utilizza il colore rosa sin dalla sua nascita nel 2015. Approdata sul mercato tedesco a metà 2019, si è vista notificare un provvedimento d'urgenza con il quale le è stato ingiunto di non utilizzare il rosa.

A ben vedere, Deutsche Telekom ha registrato e può vantare diritti solo sul colore magenta, non su tutta la gamma dei toni di rosa, ed inoltre non ha né registrato, né ottenuto una licenza per fare affari nel settore in cui Lemonade opera, quindi le due società non sono in concorrenza tra loro.

Lemonade si è preliminarmente attenuta al provvedimento d'ingiunzione cautelare del Tribunale, ma non ha voluto stipulare nessun accordo con Deutsche Telekom, anzi, ha deciso di contrastare questo monopolio richiedendo all'Ufficio Europeo della Proprietà Intellettuale (EUIPO) la dichiarazione di nullità del marchio „Magenta“ e all'Ufficio Tedesco Brevetti e Marchi (DPMA) la revoca della rivendicazione di Deutsche Telekom per il colore „magenta“ nel settore assicurativo.

Siamo ansiosi di sapere se Deutsche Telekom riuscirà anche questa volta a mantenere il monopolio su questo marchio di colore. AB

Approvata la nuova direttiva Copyright

Quest'anno è stata approvata la Direttiva n. 2019/790. La normativa mira a tutelare maggiormente tutti coloro che possiedono diritti d'autore o diritti connessi su testi, musica, foto e video. Quando la direttiva verrà recepita il materiale coperto da diritto d'autore non dovrebbe essere più facilmente accessibile in internet senza un preventivo consenso dell'autore o del titolare dei diritti connessi, con un conseguente beneficio in termini economici per i titolari dei diritti.

Uno dei punti più importanti toccati dalla riforma riguarda i c.d. snippet ovvero quei frammenti di testi che vengono utilizzati dai colossi del web come Google e altre piattaforme internet per indicizzare i documenti sul web, individuando parole chiave che servono ad essere raggiunti sui motori di ricerca e che tendono ad anticipare i contenuti spingendo l'utente a cliccare sul relativo link. L'art. 15 della Direttiva Copyright impone l'obbligo agli internet provider di riconoscere a editori e giornalisti un equo compenso per i contenuti utilizzati nella formazione degli snippet. Obbliga gli aggregatori di notizie (come Google news) a stipulare accordi di licenza con gli editori, affinché parte dei proventi da questi ultimi percepiti per l'utilizzo delle pubblicazioni di carattere giornalistico vada anche agli autori. AB

DIRITTO SOCIETARIO

Nuovo codice di condotta sulla governance societaria/Corporate Governance Kodex

In Germania la commissione governativa ha pubblicato il nuovo codice di condotta sulla governance societaria, codice che contiene le linee guida per la direzione delle società tedesche. Un punto cruciale della novità è l'introduzione di un nuovo sistema di remunerazione per gli amministratori. Verrà introdotta una remunerazione massima che limiti la remunerazione complessiva (tetto massimo). I parametri oggettivi di performance rilevanti ai fini dei premi dovranno inoltre basarsi fondamentalmente su obiettivi strategici. Il consiglio di sorveglianza deve avere la possibilità, in caso di circostanze straordinarie, di influenzare la determinazione della remunerazione degli amministratori. Viene anche suggerito, ai fini della determinazione del compenso dell'organo amministrativo, di richiedere il parere a un consulente indipendente esperto in materia.

Particolarmente degne di nota sono le modifiche per il consiglio di sorveglianza. Secondo la percezione giuridica tedesca, con la quale le società italiane non hanno di solito familiarità, i rappresentanti del consiglio di sorveglianza dovrebbero essere, almeno in linea di principio, indipendenti e non fungere da rappresentanti degli interessi degli azionisti che hanno loro conferito l'incarico. Il Codice raccomanda che oltre la metà dei rappresentanti dei soci (i restanti rappresentanti sono eletti dai dipendenti della società) sia indipendente dalla società e dall'organo amministrativo. Sono stati elaborati alcuni criteri ai fini della valutazione dell'indipendenza. Il codice non è ancora stato pubblicato nella gazzetta federale tedesca (Bundesanzeiger).

Dipendente nominato quale presidente del consiglio di sorveglianza

Il consiglio di sorveglianza di una GmbH non ha seguito le raccomandazioni del socio e non ha eletto un delegato del socio quale presidente. Al contrario, quale presidente del consiglio di sorveglianza, veniva eletto un rappresentante dei dipendenti. Il socio lo ha ritenuto un affronto inammissibile e ha agito legalmente per impugnare l'elezione. La Corte d'appello di Colonia (sentenza del 9/5/2019, RG 18 Wx 4/19) ha rigettato la domanda. Né dalla legge né dallo statuto della società si evincerebbe che un rappresentante del capitale debba essere necessariamente eletto presidente del consiglio di vigilanza. Presumiamo che anche i lettori italiani saranno sorpresi da tale decisione.

L'assicurazione D&O non copre le pretese derivanti dalla tardiva istanza di fallimento

Probabilmente la più grande trappola di responsabilità per l'amministratore di una Srl tedesca o per il consiglio di amministrazione di una Spa tedesca è la responsabilità per l'omessa presentazione tempestiva dell'istanza di fallimento. Se l'organo amministrativo non presenta tempestivamente un'istanza di fallimento in caso di insolvenza o di indebitamento eccessivo della società, ogni membro è personalmente responsabile per tutti i pagamenti effettuati dalla società a partire da quel momento (§ 64 GmbHG). Nella sentenza del 20 luglio 2018 (I-4 U 93/16), la Corte di appello di Düsseldorf ha adottato una decisione molto ostile per gli amministratori tedeschi, decidendo che l'assicurazione D&O non copre le pretese ai sensi dell'articolo 64 GmbHG.

CLASS ACTION

Schmerzensgeld bei Busverspätungen

Der Kassationshof hat mit Entscheidung Nummer 14886 vom 31. Mai 2019 der Beschwerde eines Personenbeförderungsunternehmens stattgegeben, dessen Busverbindungen offensichtlich selten pünktlich waren. Einige Verbraucherschutzverbände hatten eine kollektive Klage auf Schmerzensgeld für die vielen verspäteten Pendler erhoben. Der Kassationshof weist darauf hin, dass es keinen kollektiven Rechtsschutz für reine Lästigkeiten gibt, die sich aus der Verspätung ergebenden „Schmerzen“ seien detailliert darzulegen. Es hat die Sache an das Oberlandesgericht für weitere Feststellungen zurückverwiesen.

Deutsche Musterfeststellungsklage – kein Erfolgsmodell

Die Musterfeststellungsklage ist die erste vorsichtige Annäherung des deutschen Gesetzgebers an eine Kollektivklage. Der Erfolg bleibt aber weit hinter den Erwartungen zurück. Mit etwa 450 Klagen pro Jahr wurde gerechnet (siehe Gängel, NJW 33 Aktuell, S. 15), in den 13 Monaten ihres Bestehens sind es gerade 6 (sechs!) geworden, allein drei davon gegen Banken. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Das Verfahren ist nicht besonders schnell, jedenfalls nicht schneller als eine Individualklage, und es führt nicht zu einem Titel für den Verbraucher. Gegen eine renitente Gegenpartei muss der

Verbraucher dann in jedem Fall ein zweites Mal klagen, sodass sich jedenfalls für den rechtsschutzversicherten Kläger der Umweg über die Musterfeststellungsklage in der Regel nicht lohnt; er wird sein Recht gleich individuell geltend machen.

Immerhin ist das erste Verfahren in Deutschland erstinstanzlich abgeschlossen worden. Das OLG München gab einer Klage des Münchner Mietvereins für ca. 150 Mieter einer Wohnanlage statt, die sich erfolgreich gegen eine unangemessene Mieterhöhung wehren konnten (OLG München, MK 1/19).

Dieselskandal – Ein Ende in Sicht?

Die größte anhängige Musterfeststellungsklage betrifft den sogenannten Diesel-Skandal, bei dem Volkswagen die Zulassungsbehörde und die Verbraucher durch den Einbau einer sogenannten Software über die wahren Emissionswerte jahrelang getäuscht hatte. Über 400.000 Kläger haben sich aus Deutschland und aus dem Ausland eintragen lassen. Die Frist ist mit Beginn der ersten mündlichen Verhandlung am 30. September 2019 abgelaufen, es haben schon zwei Termine stattgefunden. Das Oberlandesgericht Braunschweig scheint dahingehend zu tendieren, den Verbrauchern die Rückgabe der Fahrzeuge unter Anrechnung einer Nutzungsentschädigung für die gefahrenen Kilometer zu ermöglichen. Am Ende der zweiten Verhandlung,

am 18.11.2019, drängte der Vorsitzende die Volkswagen AG dazu, den Verbrauchern einen Vergleich anzubieten. Die Antwort der Volkswagen-Anwälte war dieses Mal nicht so kategorisch ablehnend wie zuvor. Es bleibt spannend.

Südkorea: Sammelklage für Ronaldofans

Bis zu 300 Euro für die Eintrittskarte hatten 63.000 südkoreanische Fußballfans dafür bezahlt, Cristiano Ronaldo in einem Freundschaftsspiel einer südkoreanischen Auswahlmannschaft gegen Juventus Turin zu sehen. Weil er aber dann keine einzige Minute auf dem Platz stand, fordern enttäuschte Fans mit einer Sammelklage in Südkorea Schadenersatz. Zur Zeit haben sich schon 2.500 Kläger gefunden, die das Geld für ihre Tickets zurückbekommen möchten (Quelle: Welt.de vom 31.07.2019).



INTERNATIONALES VERFAHRENSRECHT

Auslandszustellung nach EuZVO: Keine Unterbrechung der Verjährung ohne Übersetzung der Klage

In einem deutsch-französischen Fall, der aber auf den deutsch-italienischen Rechtsverkehr ohne weiteres anwendbar ist, wird das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. (Urteil vom 8.5.2019, 13 U 210/17) einen Anspruch, den ein deutscher Insolvenzverwalter gegenüber einem französischen Unternehmen geltend machte, für verjährt, weil dieser seiner Klage keine Übersetzung in die französische Sprache beigefügt hatte. Art. 5 EuZVO überlässt es dem Kläger, ob er die Übersetzung seiner Klage, die in das fremdsprachige Ausland zugestellt werden soll, selbst vornehmen oder durch das Gericht veranlassen möchte.

Im entschiedenen Fall reichte der Insolvenzverwalter am 15. 12. 2015 bei dem Landgericht Darmstadt die Klage ein. Am 31.12.2015 wäre der Anspruch verjährt gewesen. Nach deutschem Recht kann die Verjährung grundsätzlich einseitig nur mit Klage oder Mahnbescheid unterbrochen werden. Der Insolvenzverwalter bat das Landgericht, die Übersetzung selbst vornehmen zu lassen, er bestätigte auch eine entsprechende Anfrage des Gerichts noch im Januar 2016. Da das Gericht auf die Schnelle keinen Übersetzer fand, wurde schließlich die Klage mit Übersetzung erst im Dezember 2016 dem Beklagten zugestellt. Dieser wendete Verjährung ein.

Das Landgericht Darmstadt vertrat die Auffassung, der Anspruch sei nicht verjährt, da die Verzögerung durch das Gericht und nicht durch den Kläger veranlasst wurde. Das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. folgte dem nicht. Nach Auffassung des Berufungsgerichts hätte der Kläger die Klage auch ohne Übersetzung zustellen können. Er hätte so die Frist gewahrt, da -wenn der Beklagte die Annahme verweigert hätte – er eine Übersetzung „demnächst“ hätte nachreichen können. (Art 8, III S. 1, 3 EuZVO).

Für die Praxis ist dies eine sehr bedeutende Entscheidung. Wir können bei drohendem Fristablauf jedem Kollegen nur empfehlen, die Übersetzung entweder selbst zu fertigen oder ohne Übersetzung zustellen zu lassen. Dass sich Niemand auf das Gericht verlassen möge.

EuGH-Urteil vom 10.07.2019 - C 722/17 Reitbauer v. Casamassima

In einem Vollstreckungsverfahren über ein Grundstück in Österreich erhob ein Gläubiger in der Verteilungsphase Einwände wegen des angeblichen Erlöschens durch Verrechnung der Forderung des vollstreckenden Gläubigers und der Ungültigkeit des zuvor vom Eigentümer freiwillig zugunsten dieses eingerichteten Immobilienpfandrechts. Der in Italien ansässige Gläubiger hat folgend die internationale Zuständigkeit des österreichischen Gerichts bestritten. Der EuGH stellte klar, dass sich die ausschließliche internationale Zuständigkeit im Vollstreckungsverfahren

(Artikel 24 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012) des Vollstreckungsforums nicht auf Widerspruchsklagen gegen die Vollstreckung in den genannten Situationen erstreckt, da sie restriktiv auszulegen sind. AC

EuGH Urteil vom 27.06.2019 - C 518/18 RD vs. SC

Die Bescheinigung als Europäischer Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen setzt ein informiertes potentielles kontradiktorisches Verfahren voraus, das nicht besteht, wenn das Gericht die Anschrift des Beklagten nicht kannte und weder er noch sein vom Gericht für das Verfahren bestellter Kurator in der mündlichen Verhandlung erschienen sind.

Der Kläger, der den säumigen Mieter auf der Grundlage eines Mietvertrages über eine Wohnung in Budweis, Tschechien, im Jahr 2008 verklagte und einen Zahlungsbefehl über 6.600 tschechische Kronen (ca. 250 Euro) erwirkte, beantragte dann erfolglos beim Budweiser Gericht eine Bescheinigung über einen Europäischen Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen. Anschließend legte er beim tschechischen Verfassungsgericht Beschwerde ein und beantragte, dass das Budweiser Gericht eine Auslegungsfrage beim EuGH stellen müsse, um erwirkte 2017 eine positive Entscheidung. Leider endete seine prozessuale Odyssee für ihn jedoch mit dem Eingangssatz, der EuGH bestätigte die strenge Auslegung des Budweiser Richters. Es ist fraglich, ob der Wert des Falles die Kosten des Verfahrens überhaupt gedeckt hätte. AC

CLASS ACTION - TUTELA COLLETTIVA

Indennizzo per il danno non patrimoniale

Con la decisione n. 14886 del 31 maggio 2019, la Corte di cassazione ha accolto il ricorso presentato da un'azienda di trasporto passeggeri i cui servizi di autobus sarebbero stati apparentemente poco puntuali. Alcune associazioni di tutela dei consumatori avevano presentato una azione collettiva di risarcimento danni per i numerosi pendolari in ritardo. La Corte di Cassazione sottolinea che non esiste una tutela giuridica collettiva per i soli disagi o fastidi, il „dolore“ derivante dal ritardo deve essere spiegato in dettaglio. Essa ha rinviato la questione alla Corte d'Appello per ulteriori accertamenti.

L'azione tedesca della Musterfeststellungsklage – un modello di scarso successo

La Musterfeststellungsklage è il primo approccio prudente del legislatore tedesco nei confronti di un'azione collettiva. Il suo successo, tuttavia, è di gran lunga inferiore alle aspettative. Erano previste circa 450 cause all'anno (vedi Gängel, NJW 33 Aktuell, p. 15), nei primi 13 mesi della sua esistenza ce ne sono state appena 6 (sei!), tre delle quali contro banche. Le ragioni sono ovvie: la procedura non è particolarmente veloce, almeno non più veloce di una causa individuale, e non porta ad un titolo per il consumatore. Nei confronti di una controparte renitente quin-

di, il consumatore deve procedere due volte in giudizio, cosicché per il consumatore, perlomeno di quello che gode di assicurazione di tutela giudiziaria, non conviene appoggiarsi alla Musterfeststellungsklage: egli farà valere immediatamente il suo diritto individualmente.

Perlomeno, il primo procedimento in Germania si è concluso in primo grado. La Corte d'Appello di Monaco ha accolto un'azione dell'associazione inquilini per circa 150 inquilini di un complesso residenziale, che potevano così difendersi con successo contro un aumento inadeguato dell'affitto (OLG Monaco di Baviera, MK 1/19).

Scandalo diesel - Una fine in vista?

Il più grande caso di azione collettiva pendente in Germania riguarda il cosiddetto scandalo del diesel, in cui Volkswagen ha ingannato per anni le autorità di immatricolazione e i consumatori circa i veri valori delle emissioni, installando un software che falsificava i dati. Si sono registrati più di 400.000 attori provenienti dalla Germania e dall'estero. Il termine è scaduto all'inizio della prima udienza del 30 settembre 2019 e si sono tenuti già due dibattimenti. La Corte d'Appello di Braunschweig sembra tendere a consentire ai consumatori di restituire i loro veicoli, con compensazione del risarcimento

per il chilometraggio percorso. Al termine della seconda udienza, il 18.11.2019, il presidente ha esortato Volkswagen AG ad offrire ai consumatori un accordo. Questa volta, la risposta degli avvocati della Volkswagen non è stata così categoricamente negativa come precedentemente. La questione rimane avvincente.

Corea del Sud: azione collettiva per i fan di Ronaldo

63.000 tifosi sudcoreani avevano pagato fino a 300 euro per il biglietto per vedere Cristiano Ronaldo in una partita amichevole tra una squadra sudcoreana e la Juventus Torino. Ma siccome egli non è stato sul campo nemmeno per un solo minuto, i tifosi delusi stanno rivendicando danni con una class action in Corea del Sud. Attualmente sono già stati trovati 2.500 attori che vorrebbero riavere i soldi per i loro biglietti (fonte: Welt.de del 31.07.2019).



DIRITTO PROCESSUALE INTERNAZIONALE

**Notifica all'estero secondo il regolamento europeo
Nessuna interruzione del termine di prescrizione
senza traduzione della domanda di risarcimento.**

In una causa franco-tedesca, peraltro facilmente applicabile ai rapporti giuridici tedesco-italiani, la Corte d'Appello di Francoforte (sentenza dell'8.5.2019, 13 U 210/17) ritiene un credito vantato da un curatore fallimentare tedesco nei confronti di una società francese prescritto, in quanto esso non aveva allegato al sua domanda una traduzione in francese. L'art. 5 del regolamento europeo (EuZVO) lascia al ricorrente il compito di decidere se vuole provvedere lui stesso alla traduzione della domanda giudiziale, che deve essere notificata in lingua straniera, o farlo tramite il tribunale.

Nel caso in questione, il curatore fallimentare ha presentato domanda giudiziale in data 15 dicembre 2015 al tribunale di Darmstadt. Il credito si sarebbe prescritto il 31 dicembre 2015. Secondo il diritto tedesco, il termine di prescrizione può essere interrotto sostanzialmente solo da una domanda giudiziale o da un decreto ingiuntivo. Il curatore fallimentare richiedeva al tribunale di far eseguire la traduzione, confermando anche una corrispondente richiesta del tribunale nel gennaio 2016. Poiché il tribunale non è stato in grado di trovare un traduttore in tempi brevi, la domanda con annessa traduzione veniva infine notificata alla parte convenuta solo nel dicembre 2016. La convenuta faceva quindi valere l'avvenuta prescrizione.

Il tribunale di Darmstadt ha ritenuto che la causa non era prescritta perché il ritardo è stato causato dal tribunale e non dall'attore. La Corte d'Appello di Francoforte sul Meno non ha seguito tale interpretazione. Secondo la Corte d'Appello, l'attore avrebbe potuto notificare la domanda anche senza traduzione. In questo modo, avrebbe rispettato il termine, poiché - se il convenuto ne avesse rifiutato l'accettazione - avrebbe potuto presentare "in un prossimo seguito" una traduzione. (Art. 8, III pag. 1, 3 del regolamento europeo).

In pratica, si tratta di una decisione molto importante. Possiamo raccomandare ad ogni collega, in caso di prescrizione imminente, di provvedere direttamente alla traduzione o eseguire la notificazione senza traduzione. Che nessuno si fidi ciecamente del tribunale.

**CGCE sentenza 10.07.2019 –
C 722/17 Reitbauer vs. Casamassima**

In una procedura di esecuzione su un immobile in Austria, un creditore sollevava in sede di riparto eccezioni sulla pretesa estinzione per compensazione dell'obbligazione del creditore precedente, e l'invalidità del diritto di pegno precedentemente costituito volontariamente dalla proprietaria in favore di quest'ultimo. Il creditore precedente, residente in Italia, ha contestato la sussistenza della giurisdizione del giudice austriaco. La CGCE ha chiarito che la

competenza internazionale esclusiva in materia di esecuzione (art. 24 n. 5 Reg. UE 1215/2012) del foro dell'esecuzione non si estende a procedimenti in opposizione all'esecuzione nelle fattispecie indicate, essendo da interpretare in maniera restrittiva. AC

**EuGH CGCE sentenza 27.06.2019 –
C 518/18 RD vs. SC**

Il certificato di titolo esecutivo europeo per crediti non contestati presuppone un contraddittorio potenziale informato e tale presupposto non sussiste quando il tribunale non era a conoscenza dell'indirizzo del convenuto, e all'udienza non è comparso lui e neanche il suo curatore nominato per tale procedimento dal tribunale stesso. L'attore, che aveva citato sulla base di un contratto di locazione del 2008 di un appartamento a Budweis, Repubblica Ceca, l'inquilino moroso, e ottenuto la sua condanna al pagamento di 6.600 corone ceche (circa 250 euro), ha poi chiesto senza successo al tribunale di Budweis il certificato di titolo esecutivo europeo per crediti non contestati. Ha quindi proposto ricorso alla corte Costituzionale ceca, sostenendo che il tribunale avrebbe dovuto sottoporre domanda preliminare alla CGCE, ottenendo nel 2017 decisione favorevole. Purtroppo per lui, tuttavia, la sua odissea processuale si è conclusa con la massima iniziale, la CGCE ha dato ragione all'interpretazione rigorosa del giudice di Budweis. È lecito domandarsi se il valore della causa avrebbe coperto le spese dei giudizi. AC

VERTRIEBSRECHT / DISTRIBUZIONE

Handelsvertreter: Buchauszug und fristlose Kündigung

Das Handelsvertreterrecht ist trotz der Richtlinie 652/86 eines der Rechtsgebiete, das in der anwaltlichen Praxis noch für viel Beratungsbedarf im deutsch-italienischen Rechtsverkehr sorgt. Eine Entscheidung des OLG München vom 17.04.2019 hat in mehreren Fragen für Klarheit gesorgt.

Der Handelsvertreter kann nach § 87 c Abs. 2 HGB bei der Abrechnung einen Buchauszug über alle Geschäfte verlangen, für die ihm nach § 87 HGB Provision zusteht. Der Anspruch auf Buchauszug stellt für viele italienische Unternehmen ein echtes Hindernis dar, da er im italienischen Recht unbekannt ist und sich kein Unternehmer gerne vollständig vor seinem Handelsvertreter ausziehen möchte. Das OLG München stellt aber zugunsten des Unternehmens in seiner Entscheidung fest, dass die Erteilung des Buchauszuges noch nichts darüber aussagt, ob die darin aufgenommenen Geschäfte auch provisionspflichtig seien oder nicht. Zweifelsfrei nicht provisionspflichtige Geschäfte könnten trotz Erteilung des Buchauszuges bei der Abrechnung unberücksichtigt bleiben.

Gleichzeitig weist das Oberlandesgericht aber auch darauf hin, dass das Unternehmen in jedem Fall zu Erteilung des Auszuges verpflichtet sei und nicht auf der Grundlage von Gegenansprüchen Zurückbehaltung gelten machen kann.

Schließlich weist das Oberlandesgericht auch auf eine Selbstverständlichkeit hin, die von Unternehmen aber nicht immer nachvollzogen werden kann. Der Handelsvertreter hatte sich im entschiedenen Fall bei seiner Akquisitionstätigkeit darauf beschränkt, öffentliche Ausschreibungen von deutschen Unternehmen weiterzuleiten. Der Unternehmer hatte ihn telefonisch immer wieder darauf hingewiesen, dass das nicht ausreiche. Irgendwann mal ist dem Unternehmer der Geduldsfaden gerissen und er kündigte den Handelsvertreter außerordentlich.

Das Oberlandesgericht weist zurecht darauf hin, dass eine wiederholte Ansaage, man sei mit den Leistungen nicht zufrieden, eine ernsthafte Abmahnung nicht ersetzen könne. Dem Handelsvertreter hätte klargemacht werden müssen, dass ihm bei einer wiederholten Vertragsverletzung gekündigt werden würde.

Agente di commercio: rendiconto contabile e risoluzione senza preavviso

Nonostante la direttiva europea n. 652/86, il diritto degli agenti di commercio è uno dei settori del diritto che è ancora frequentemente oggetto di diatribe nella prassi dei rapporti giuridici italo-tedeschi. Una decisione della Corte di Appello di Monaco di Baviera del 17/4/2019 ha fornito chiarimenti in merito a diverse questioni dibattute.

L'agente di commercio può richiedere, ai sensi dell'art. 87c comma 2 HGB (codice commerciale tedesco), un rendiconto contabile avente ad oggetto tutti gli affari, per i quali ha diritto alla provvigione ex art. 87 HGB. Il diritto alla consegna di un rendiconto contabile rappresenta un vero e proprio ostacolo per molte aziende italiane, in quanto tale strumento non è presente nella prassi italiana e nessun imprenditore vuole „spogliarsi“ di fronte al suo agente. Tuttavia, la Corte di Appello di Monaco di Baviera ha chiarito nella sua decisione, favorevolmente per le imprese, che la consegna del rendiconto contabile lascia impregiudicata la questione se gli affari in esso indicati debbano essere o meno considerati ai fini del calcolo delle provvigioni dovute all'agente. Le operazioni che non sono soggette a provvigione potrebbero non essere calcolate ai fini del conteggio delle provvigioni, nonostante siano state indicate nel rendiconto contabile.

Parimenti la Corte di Appello evidenzia, tuttavia, che l'impresa è tenuta sempre a consegnare il rendiconto contabile, non potendo rifiutarsi eccependo, a propria volta, l'inadempimento dell'agente e presunti diritti nei confronti dello stesso.

Infine, la Corte d'appello puntualizza anche una questione ovvia, ma che non sempre viene compresa dalle imprese. Nel caso in questione, l'agente di commercio aveva limitato la propria attività di acquisizione alla trasmissione di offerte pubbliche di società tedesche. L'imprenditore gli aveva ripetutamente fatto notare telefonicamente che ciò non era sufficiente. Ad un certo punto la pazienza dell'imprenditore è finita e ha risolto il contratto di agenzia in tronco.

La Corte di Appello ha correttamente confermato che i ripetuti avvisi, con cui si informa l'agente di non essere soddisfatti con la sua attività, non possono sostituire una diffida vera e propria. All'agente di commercio avrebbe dovuto essere inequivocabilmente comunicato che il rapporto contrattuale avrebbe potuto essere risolto nel caso di una ripetuta inadempienza contrattuale.

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI
Partnerschaftsgesellschaft mbB

www.dolcelauda.com

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59
email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13
email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41
email: dlmo@dolce.it

Fritz-Elsas-Strasse 38 · D-70174 Stuttgart
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193
email: info@dolce.de

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27
email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · Fax: +39 - 080 512 99 49
email: dlba@dolce.it

